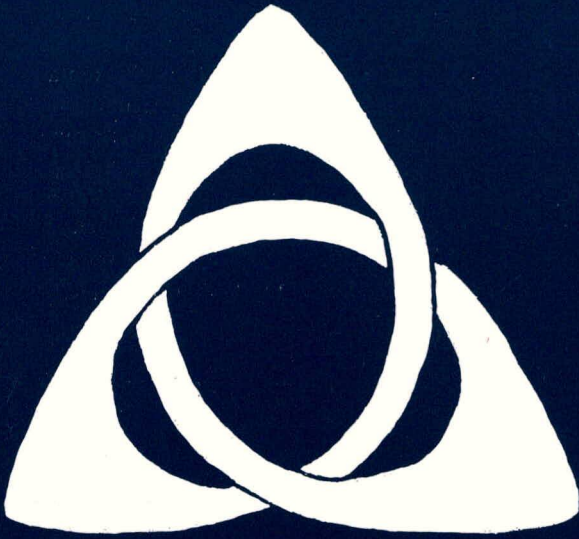


N 20587 F

Fragen der Freiheit



ARBEITSLOSIGKEIT

Mai/Juni 1983
Heft 162

»Es ist sicher, daß die Welt die Arbeitslosigkeit ... nicht länger dulden wird. Ich bin überzeugt, daß ... es nicht schwierig wäre, den Bestand an Kapital bis auf einen Punkt zu vermehren, auf dem seine Grenzleistungsfähigkeit (Rentabilität) auf einen sehr niedrigen Stand gefallen wäre ... Dieser Zustand würde ... den sanften Tod des (Kapital-)Rentners bedeuten und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten ... Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist. Aber während Gründe für die Knappheit von Land bestehen mögen, bestehen an sich keine Gründe für die Knappheit des Kapitals ... Ich betrachte daher die Rentnerseite des Kapitalismus als vorübergehende Phase, die verschwinden wird, wenn sie ihren Zweck erfüllt haben wird. Und mit dem Verschwinden der Rentnerseite wird noch vieles andere einen Gezeitenwechsel erfahren.«

J. M. Keynes

FRAGEN DER FREIHEIT

- Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft -

Folge 162

Mai/Juni 1983

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung

Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Heinz Hartmut Vogel</i>	
Einleitung	3
 <i>Dieter Suhr</i>	
Das Rezept von Wörgl für die Krise von heute?	4
 <i>Hans Cöhrssen</i>	
Das beginnende Engagement der Wissenschaft - Für eine gesunde Geldordnung - - Eine historische Besinnung -	10
 <i>Abraham Lincoln</i>	
- Über das Verhältnis von Kapital und Arbeit -	21
 <i>Elimar Rosenbohm</i>	
Gegen das Weitermachen wie bisher	22
 <i>Hans Bramböck</i>	
Rückblick auf den internationalen wirtschaftspolitischen Kongreß der Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung INWO vom 12.-15. Mai 1983 in Wörgl/Tirol. - Das Experiment von Wörgl -	41
 Grußworte	48
 <i>Werner Zimmermann †</i>	
WIR, Wirtschaftsring 1934	51
 <i>Zeitkommentare</i>	
Durch mehr Freizeit zu mehr Arbeit	59
Zum hundertsten Geburtstag John Maynard Keynes	60
 <i>Vorankündigungen</i>	61

Einleitung

1933, vor 50 Jahren, erreichte die Weltwirtschaftskrise ihren Höhepunkt. In den Vereinigten Staaten von Amerika stieg die Zahl der arbeitslosen Menschen auf 15,6 Millionen.

»Als am Donnerstag, dem 24. Oktober 1929, das amerikanische Volk zur Arbeit fuhr, lagen keine besonderen Anzeichen vor, daß gerade dieser Tag als verhängnisvoll in die Wirtschaftsgeschichte eingehen würde«. *

Die Jahre zuvor waren von einer weltweiten Aufschwungsperiode gekennzeichnet mit annähernd gleichbleibendem Preisstand (Kaufkraft des Dollars) und außerordentlich starkem Anstieg der Spartätigkeit und der Kapitalbildung. Dies führte zu einem zuvor nie erreichten Rückgang des Zinssatzes.

Nicht die Bereitschaft der arbeitenden Bevölkerung, die vorhandenen Bedürfnisse zu befriedigen, hatte sich geändert. Ebenso wenig blieb die bis dahin stetig wachsende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen von einem Tag auf den anderen aus.

Die Weltwirtschaftskrise wurde vielmehr von dritter Seite, von Seiten des Geldkapitals durch den überraschend einsetzenden Rückzug großer Geldmengen aus der bis zum 24. Oktober 1929 florierenden Wirtschaft ausgelöst. »Am 24. Oktober 1929 hatten die Börsenmakler in New York ungewöhnliche Verkaufsaufträge aus dem Lande zu verzeichnen. Dadurch setzte ein starker Kursabfall ein. Eine zwangsläufige Folge des Kurszusammenbruchs war ein starker Rückgang der Güternachfrage, sowohl auf dem Markt des Konsums als auch der Investitionsgüter«. *

Heute, 50 Jahre danach, hat die Krise und das anwachsende Arbeitslosenheer die gleiche Ursache. Das Geld, als Vermittler und Brückenschlag des Güter- und Leistungsaustausches zwischen Anbietern und Nachfragern, versagt seinen Dienst. Wie vor 50 Jahren beruht die Krisenanfälligkeit unserer Wirtschaft auf der unzulänglichen traditionellen Währungs- und Geldordnung.

Vor 50 Jahren hat der Bürgermeister der Tiroler Gemeinde Wörgl, Michael Unterguggenberger, mit seinen »Arbeitswertscheinen« damit begonnen, innerhalb seiner Gemeinde die entstandene Lücke, die das offizielle Geld auch in Österreich zwischen den Tauschpartnern verursacht hat, zu schließen. Der Erinnerung an diese geniale Tat war in diesem Jahr an Himmelfahrt der Kongreß der »Internationalen Vereinigung für natürliche Wirtschafts-Ordnung« in Wörgl gewidmet.

Das vorliegende Heft »Fragen der Freiheit« berichtet von der denkwürdigen Tat Michael Unterguggenbergers und weist den Weg, der allein aus der heutigen Wirtschaftskrise führen kann.

Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel

*Robert Nöll von der Nahmer: Weltwirtschaft und Weltwirtschaftskrise, aus Propyläen Weltgeschichte Band IX.

Das Rezept von Wörgl für die Krise von heute?

Dieter Suhr

I. Grundlegende Unterschiede zwischen damals und heute

Heute haben wir Inflation. Damals herrschte Deflation. Die Kaufkraft des Geldes wuchs. Wer sein Geld zurückhielt (»hortete«), machte Gewinne. Deshalb sollten dem Geld Beine gemacht werden durch Bestandhalterkosten für Liquidität (»Umlaufsicherung«).

Heute schwindet die Kaufkraft des Geldes. Wer sein Geld zurückhält, macht Verluste. Heute bleiben kaum Banknoten zu lange in der Kasse, kaum Sichtguthaben unnötig groß. So lange das Zuckerbrot der Zinsen lockt und die Peitsche der Inflation droht, ist Hortung kein nennenswertes Problem. Schwankungen im Geldstrom, die aus zu- oder abnehmender Kassehaltung resultieren, werden in die Geldmengensteuerung der Zentralbanken miteingerechnet, soweit sie erwartbar sind, oder geldmengenpolitisch kompensiert, soweit sie wahrgenommen und für relevant erachtet werden. Das mag sich mehr oder weniger schlagartig ändern, aber die Symptome der Deflation sind zur Zeit nicht akut. Allem Anschein nach ist also das Rezept von Wörgl alles andere, nur nicht ein Rezept für die Krise von heute.

II. Die Krise von heute – ein Recycling-Problem

Die Krise von heute wurde vorzüglich prognostiziert. Sie ist von der Art, wie man sie für Volkswirtschaften, die in den Wohlstand und Reichtum kommen, nach allen Regeln der Volkswirtschaftslehre erwarten muß. Sie ist struktureller Art. Seit Keynes' »General Theory« kennen wir (unberührt von den Vorbehalten gegenüber dem »Keynesianismus« im übrigen) die Gründe für den langfristigen Rückgang der wirksamen Nachfrage und die damit verbundene Arbeitslosigkeit sehr genau: Mehr Geld strömt durch Kassen mit weniger Bedarf, und ohne Bedarf keine Nachfrage. Bevor das Geld, das in die vollen Kassen ohne Bedarf fließt, wieder andernorts einem Bedarf zur Nachfrage verhilft, muß es in die leeren Kassen umgeleitet werden, deren Besitzer zwar durchaus noch Bedarf nach Konsum- oder Investitionsgütern haben, aber kein Geld.

Diese Transfers auf Zeit aus den vollen Kassen ohne Bedarf in die leeren Kassen mit Bedarf verursachen Transaktionskosten im monetären Bereich, und zwar vor allem in Gestalt der Zinsen, die für den Liquiditätstransfer pro Zeiteinheit gezahlt werden müssen. Statt von Transaktionskosten könnte man auch von den Kosten des Recycling der Gelder ohne Bedarf zum Bedarf hin sprechen.

Die Transaktions- bzw. Recyclingkosten, die in Form der Zinsen anfallen, fließen ausgerechnet aus den schon vorher leeren Kassen, in denen ohnehin das Geld zum Bedarf fehlte, in die schon vorher vollen Kassen, in denen ohnehin mehr Geld war als Bedarf bei ihren Besitzern. Also handelt es sich um Kosten, die das Transfer- bzw. Recyclingproblem vergrößern, bei dessen Bewältigung sie anfallen: eine verhängnisvolle positive Rückkoppelung in der Recycling-Schleife des Rücktransfers der Gelder aus den vollen Kassen ohne Bedarf in die leeren Kassen mit Bedarf.

III. Hemmende bis prohibitive Recycling-Kosten

Die Zinsen als Transaktionskosten bremsen die monetären Transaktionen, bei denen, sie anfallen. Können die Transaktionskosten nicht mehr aufgebracht werden, verhindern sie die Transaktionen. Je höher die Quote dieser monetären Transaktionskosten innerhalb einer Volkswirtschaft, desto schärfer wirken die Bremsen. Bei uns sind die Zinsströme (nicht die Zinssätze!) in den vergangenen 30 Jahren im langfristigen Mittel beharrlich und überproportional gestiegen: schneller als Löhne, Preise und Arbeitslosenzahlen. Kein Wunder also, daß die Bremsen immer zuverlässiger greifen.

Der nach wie vor vorhandene Bedarf nach Konsum- und Investitionsgütern des privaten und des öffentlichen Bereichs kommt immer schwerer zu dem Geld, das ihm zur Nachfrage verhelfen könnte; denn dieses Geld strömt mehr und mehr in die falschen, nämlich in die ohnehin vollen Kassen ohne Bedarf. So fällt mögliche Nachfrage aus: So wird Arbeitslosigkeit produziert. So ist unsere Wirtschaft durch ihre Geldordnung zuverlässig auf strukturelle Arbeitslosigkeit vorprogrammiert.

IV. Wirtschaftspolitische Sackgassen

Die Nachfrage geht nur dann nicht zurück, wenn durch wirtschaftliches Wachstum mit entsprechender Vergrößerung des Geldstromes dort, wo er noch direkt durch relativ leere Kassen mit Bedarf fließt, ein Ausgleich geschaffen wird. So sind wir nicht nur auf Arbeitslosigkeit vorprogrammiert, sondern, um ihrer Vermeidung willen, zu pathologischem Wachstum verurteilt.

Findet das Wachstum nicht mehr statt, dann gibt es zunächst nur zwei direkte Ansatzpunkte für die Therapie am Symptom:

Entweder wird, erstens, mit staatlichem Zwang das Geld, das in die vollen Kassen ohne Bedarf strömt, weggesteuert und über den Fiskus wieder in leere Kassen mit Bedarf geleitet, und zwar endgültig und ohne Verursachung der verhängnisvollen Recyclingkosten in Form der Zinsen. Das ist ein Zwangsweg, der aus verschiedenen Gründen so gut wie nicht praktikabel erscheint.

Oder, zweitens, die überschüssige Liquidität in den vollen Kassen ohne Bedarf wird mit marktwirtschaftlichen Mitteln, also mit Hilfe von Krediten, zeitweilig in die leeren Kassen mit Bedarf zurücktransferiert. Auch das kann auf die Dauer nicht gut gehen: weder »nachfrageorientiert« mit Krediten für privaten oder öffentlichen Verbrauch (denn bald würde dann nichts mehr verbraucht, weil die Konsumenten nur noch Zinsen zu zahlen hätten); noch »angebotsorientiert« mit Krediten für Investitionen, mit denen die Wirtschaft nicht bedürfnisorientiert »angezogen«, sondern angebotsorientiert »angeschoben« würde (ein jedenfalls langfristig ebenfalls untauglicher Weg, weil diese Wirtschaftspolitik ihre Rechnung ohne die Bedürfnisse der Menschen macht und den verhängnisvollen Kreis der positiv rückgekoppelten Recycling-Schleife nicht durchbricht). Es scheint also keinen Ausweg aus der Krise zu geben: auf lange Sicht nichts als wirtschaftspolitische Sackgassen.

V. Vom Behandeln der Symptome zur Beseitigung der Ursachen

Schaut man nicht nur auf die Symptome, sondern geht man den Ursachen nach, eröffnen sich jedoch unerwartete Perspektiven und Möglichkeiten: Was sind das für Geldströme, die in die vollen Kassen ohne Bedarf fließen und das Problem vergrößern, bei dessen Lösung sie anfallen? Es sind die Zinsen (und der Zinsanteil in Realkapitalerträgen). Die Zinsen wiederum sind im wesentlichen »Liquiditätsprämien«: legale Gegenleistungen für die zeitweilige Überlassung von Liquidität. Genauer handelt es sich bei den Zinsen um Gegenleistungen für die Vorteile, die die Liquidität ihrem Inhaber über das bloße Haben von Vermögensgegenständen hinaus bietet. Hier also, bei den Vorteilen, die die Liquidität ihrem Inhaber bietet, muß die Therapie ansetzen, wenn sie bei der Ursache greifen soll.

Die Liquiditätsvorteile, die das Geld bietet, sind eine kostenlose Zugabe, die die Geldordnung dem Geldbesitzer zum Nennwert hinzugibt: ein monetäres Geschenk der Geldwirtschaft an den Geldbesitzer. Daraus kann jeder, der sein Geld nicht zum Leben braucht, sondern es übrig hat, Kapital schlagen. Würde diese kostenlose monetäre Zugabe zum Nennwert des Geldes beseitigt, also das monetäre Geschenk nicht länger unter diejenigen kostenlos verteilt, die Geld übrig haben und es anlegen können, dann entfielen die eigentliche Ursache des Zinses, also auch der Zins und mit ihm jene Folgen, die zum vorprogrammierten Nachfrageausfall mit Arbeitslosigkeit und pathologischem Wachstumszwang führen.

Wie aber kann man den Liquiditätsvorteil beseitigen, ohne dem Geld seine ureigene monetäre Liquidität zu nehmen?: Indem man dem Geld seine Liquiditätseigenschaft beläßt und nur die wirtschaftlichen Vorteile, die daraus hervorgehen, mit Hilfe einer Liquiditätsvorteils-Ausgleichsabgabe abschöpft und

kompensiert. Diese Ausgleichsabgabe auf Liquidität läuft, wirtschaftlich betrachtet, auf Durchhalte- bzw. Bestandhaltekosten auf Liquidität hinaus.

IV. Das Rezept von Wörgl doch als Therapie für die Krise von heute?

Geldtechnisch lassen sich die wirtschaftlichen Vorteile, die aus den Liquiditätsvorteilen hervorgehen, abschöpfen, indem die Geldscheine kostenpflichtig mit Gebührenmarken beklebt oder abgestempelt werden. Also doch das Rezept von Wörgl? Ja, aber auch die Empfehlung von John Maynard Keynes, nämlich die keynesianische Alternative zum Keynesianismus: »Jene Reformen« (gemeint sind Silvio Gesell und N.A.L.J. Johannsen), »die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelung der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient diskutiert zu werden.«

Während es jedoch in Wörgl direkt und unmittelbar um die Umlaufsicherung zu Zeiten einer Deflation ging, kommt es heute darauf an, die dysfunktionalen, kontraproduktiven und sich in positiver Rückkopplung exponentiell hochschaukelnden Zinsströme zu kupieren, die ausgerechnet aus den ohnehin fast leeren Kassen mit Bedarf in die ohnehin zu vollen Kassen ohne Bedarf fließen. Die Umlaufsicherung, die mit den Durchhaltekosten auf Liquidität verbunden ist, erscheint also heute nur als das willkommene Nebenprodukt einer anders motivierten und anders legitimierten, ordnungspolitisch grundlegenden Sanierung der Wirtschaft von der Geldordnung her.

Man könnte freilich auch sagen: Der sanfte Umlaufdruck, den die Durchhaltekosten bewirken, drückt auf die Zinsen, so daß die Senkung des Zinsfußes eine direkte Folge der Umlaufsicherung sei. Jedenfalls zielen heute das Motiv und die Legitimation der Maßnahme darauf, die absurden Fehlallokationen zu beenden, die die Zinsen (und der Zinsanteil von Kapitalrenten) in der Volkswirtschaft auslösen. Dafür, daß mit den Zinsen zugleich auch der Zinsanteil von anderen Renten aus (vermehrbaaren) Realkapitalien erfaßt wird, sorgt das Gesetz, wonach (in erster Annäherung) der Grenznutzen des Geldkapitals den Maßstab für die Mindestrentabilität von Realkapitalien setzt: Wird der Zins heruntergefahren, sinkt auch die Rendite von Realkapitalien, so daß auch dieser Geldstrom in typisch volle Kassen ohne Bedarf sich verringert.

VII. Monetäre Techniken

Zu der monetären Technik der Durchhaltekosten auf Liquidität, die in Wörgl praktiziert wurde, bieten sich heute weitere Möglichkeiten an: Es

würde genügen, die größeren Banknoten über DM 100 oder DM 500 und höher gebührenpflichtig zu bekleben oder zu bestempeln (sowie ihre Annahme auf alle Schulden, die gleich hoch oder höher sind als der kleinste, mit Durchhaltekosten belastete Geldschein, gesetzlich zur Pflicht zu machen). Ebenso würde es genügen, wenn ein Teil des umlaufenden Geldes durch Buchgeld ersetzt würde, das die Notenbank zur Verfügung stellt und von ihr mit Durchhaltekosten belastet wird, die von den Konten abgebucht werden können wie Gebühren und Zinsen (wobei wiederum einige weitere gesetzliche Vorkehrungen bezüglich des gesetzlichen Zahlungsmittels getroffen werden müßten). Dann würde im ersten wie im zweiten Fall das Greshamsche Gesetz dafür sorgen, daß sich das für den Kassehalter »schlechtere« (nämlich mit Durchhaltekosten belastete) Geld am Markt als Zahlungsmittel durchsetzt, so daß sich die Zinsen bei Kreditgeschäften nach der keynes'schen Formel richten: »Zins = Liquiditätsvorteil - Durchhaltekosten.« Danach stünden den öffentlichen und privaten Kassen mit Konsum- und Investitionsbedarf billigere und kostenlose Kredite zur Verfügung.

Welche Auswirkungen dies und die Einführung von Durchhaltekosten auf Liquidität überhaupt auf die Volkswirtschaft und auf das Gemeinwesen hat, mag jeder sich selbst ausmalen und abschätzen. Bei den professionellen Geldtheoretikern, *Irving Fisher* und *John Maynard Keynes* ausgenommen, findet er dazu freilich keinerlei Anregungen: Es handelt sich nämlich um ein monetäres Gelände, das die professionellen Ökonomen sorgfältig zu meiden scheinen.

VIII. Währungstheoretischer Hintergrund

Anders als bei den Maßeinheiten »Meter« oder »Kilogramm« wird die *Währungseinheit* nicht unabhängig von der praktischen Anwendung der Einheit definiert. Sie ergibt sich vielmehr aus und bei der Verwendung des Geldes, das auf die Währungseinheit lautet, im Wirtschaftsprozesse. Die Währungseinheit E ist also durch eine zirkuläre Funktion des Gebrauchs G von eben dem Geld definiert, das in der Währungseinheit gestückelt ist:

$$(1) \quad E = f(G)$$

In Worten: Die tatsächliche Einheit von Kaufkraft der Währung ist eine Funktion des Gebrauchs des Zahlungsmittels, das auf diese Einheit lautet. So einfach bleibt die Sache jedoch nicht. Geld wird nämlich in wenigstens zweierlei grundverschiedenen, einander voraussetzenden, aber auch ausschließenden Weisen verwendet: einerseits Tauschmittelgebrauch T und andererseits Liquiditätsmittelgebrauch L . Also kann die Währungsgrundfunktion (1) auch geschrieben werden wie folgt:

$$(2) \quad E = f(T, L)$$

Tatsächlich kommen in der monetären Wirklichkeit folgende verschiedene funktionale Verknüpfungen, also Aufspaltungen der Funktion (2) vor:

(3) $E' = f(T)$ (Die Währungseinheit ist eine Funktion des Gebrauches von Geld als Tauschmittel.)

(4) $E'' = f'(L)$ (Die Währungseinheit ist eine Funktion des Gebrauchs von Geld als Liquiditätsmittel)

Nimmt man einmal an, E' sei stabil im Sinne einer »stabilen Währung«, dann hat die Ableitung der Funktion $f(T)$ nach der Zeit den Wert 0. Tatsächlich kommt jedoch außerdem bei stabiler Währungseinheit E' in der Wirtschaft eine Ableitung der allgemeinen Währungsfunktion $E = f(G)$ nach der Zeit vor, die nicht den Wert 0 ergibt, sondern einen positiven Wert: nämlich jene Funktion, die den wirtschaftlichen Nutzen von Geld angibt, das als Liquiditätsmittel verwendet wird. Das ist die Funktion (4). Wenn aber die Ableitung der Funktion $E'' = f'(L)$ nicht den Wert 0, sondern eine positive Änderungsgeschwindigkeit ergibt, so bedeutet das: E'' dehnt sich aus, und zwar relativ zu E' und gemessen in E' .

Wir haben also ein Geld mit einer *zwiespältigen Währungsgrundfunktion*, das uns eine *gespaltene Währung* beschert derart, daß bei stabiler Tauscheinheit die Liquiditätseinheit anschwillt. So ergibt sich eine *monetäre Schere* zwischen der Kaufkraft von ausgegebenem Geld einerseits und angelegtem Geld andererseits. Um die Währung zu »stabilisieren«, genügt es also nicht, E' konstant zu halten. Vielmehr muß man E' und E'' zunächst vor allem »*unitarisieren*«, damit es in der wirtschaftlichen Wirklichkeit keine Ableitung der allgemeinen Währungsgrundfunktion nach der Zeit mehr gibt, der eine veränderliche Währungseinheit zugrunde liegt. Die Ableitung der Funktion (4), nämlich $f'(L)$, die eine funktionale Komponente der allgemeinen Währungsfunktion darstellt, nach der Zeit ergibt faktisch jedenfalls dann den Wert 0, wenn der Gebrauch von Geld als Liquiditätsmittel keinen positiven oder negativen wirtschaftlichen Vorteil, gemessen in E' pro Zeiteinheit, mehr mit sich führt. Das ist wiederum jedenfalls genau dann der Fall, wenn die wirtschaftlichen Vorteile des Gebrauches von Geld als Liquiditätsmittel durch die Liquiditätsvorteils-Ausgleichsabgabe abgeschöpft werden.

Das beginnende Engagement der Wissenschaft*

– Für eine gesunde Geldordnung –

– Eine historische Besinnung –

Hans Cöhrssen

Das Thema erfordert eine Studie der einschlägigen Literatur – viel Forschung –, um zu einem historisch richtigen, umfassenden Ergebnis zu kommen.

Wenn Sie das von mir erwarten, muß ich Sie enttäuschen. Ich kann Ihnen nur einen kleinen – aber vielleicht wichtigen – Ausschnitt aus diesem Bild geben, für den ich allerdings als Zeuge sprechen kann.

Es sind rund sechzig Jahre her, daß die große Inflation die deutsche Währung praktisch vernichtete. Es sind fünfzig Jahre her, daß die Weltdepression die deutsche Wirtschaft auf einen Tiefstand brachte, Massenarbeitslosigkeit und soziales Elend hervorrief, das Hitler den Weg ebnete. Inflation und Deflation haben weltweit unendliches Leid und Elend verursacht. Auch heute haben wir wiederum millionenfache Arbeitslosigkeit, soziales Elend in vielen Ländern, Bankrotte großer und kleiner Unternehmen. Es scheint, man hat weder aus den Erfahrungen der Inflation noch aus denen der Deflation gelernt. Besser gesagt, man hat es bis heute versäumt, diese Erfahrungen zu beherzigen und Lehren aus ihnen zu ziehen.

An der Frage, ob Stabilität – die Abwesenheit von Inflation und Deflation – in einer freiheitlichen Wirtschaft verwirklicht werden kann, scheiden sich die Geister. Noch immer behaupten diejenigen das Feld, die Inflation und Deflation als den Preis betrachten, der für die Freiheit der Wirtschaft bezahlt werden muß. Sie reden zwar lautstark von der Notwendigkeit der Geldwertstabilität, die sie ausnahmslos befürworten. Aber wenn es darum geht, diese Stabilität gesetzlich zu verankern, sind sie nicht bereit, den Verursachern der Instabilität eiserne Fesseln anzulegen. Denn, so der übliche Einwand, Geldwertstabilität sei kein eigenständiger Faktor, den man herstellen könne. Er sei das Resultat einer praktisch unerreichbaren wirtschaftlichen Harmonie, von Umständen abhängig, über welche die für die Geldpolitik verantwortliche Zentralbank keine Kontrolle habe: Zum Beispiel die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Außenhandel und die Finanzpolitik der Regierung. Dagegen zeigt die Erfahrung, daß – in Friedenszeiten – Inflation und Deflation sehr wohl durch Geld- und Währungspolitik vermieden werden können; daß die Zentralbank, vorausgesetzt man verpflichtet sie dazu und stattet sie mit den notwendigen Machtmitteln aus, in der Lage ist, die Wirkung solcher Störfaktoren

*Vortrag, gehalten am 14. Mai 1983 auf dem Internationalen Wirtschaftspolitischen Kongreß in Wörgl/Tirol.

auf die Kaufkraft des Geldes zu neutralisieren. Ich glaube, unsere Zentralbankiers wissen, daß sie uns Geldwertstabilität geben können; und wahrscheinlich würden sie es auch liebend gerne tun. Was fehlt, ist der politische Wille, sie dazu zu verpflichten. Und das wiederum ist eine Frage des Bewußtseins der Allgemeinheit von der Notwendigkeit der Stabilität. Kein Mensch hat, meines Wissens, mehr getan, dieses Bewußtsein zu wecken, als der amerikanische Volkswirt Irving Fisher. Vor mehr als 50 Jahren hatte ich das Glück, ein Stück Wegs mit ihm zu gehen. So wurde ich zehn Jahre lang Zeuge seines Wirkens, in einer für die Geldpolitik wichtigen und lehrreichen Zeit.

Vor meiner Auswanderung aus Deutschland – 1926 – hatte ich einen guten Freund, Ludwig Vogt aus Haardt bei Neustadt – meiner Heimat –, der ein überzeugter Anhänger Silvio Gesells war und aktiv in der Freiwirtschaftsbewegung mitarbeitete. Es stellte sich heraus, daß er, wie auch ich, nach Philadelphia auswandern würde. Dort trafen wir uns wieder. In langen, intensiven Gesprächen versuchte er, mich für die Freiwirtschaftsidee zu gewinnen; vergeblich. Ich übersiedelte bald nach New York, und wir verloren uns aus den Augen. Als 1930 die Wirtschaftskrise einsetzte, erinnerte ich mich an ihn und beschloß, mich ernsthaft mit Silvio Gesells Lehre auseinanderzusetzen. Unter den jungen Deutschen, die ich damals in New York kannte, waren auch einige Gesellianer, denen ich mich nun anschloß. Im Frühjahr 1931 gründeten wir – eine Handvoll Gleichgesinnter – die amerikanische Freiwirtschafts-Liga – Free Economy League, wie wir sie nannten – und machten uns frohgemut an die Arbeit, den Amerikanern die Augen über die Ursachen ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu öffnen. Vor allem propagierten wir das »Schwundgeld«, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. (Das heißt, wir forderten die Herausgabe von Notgeldscheinen, die auf der Rückseite mit datierten Feldern bedruckt waren. In diese Felder sollten wöchentlich 2%ige Stempel- oder Steuermarken geklebt werden, damit der Schein seinen Nennwert behielt; also 2 Cents pro Woche für den Dollarschein. Nach 52 Wochen würde der Schein für sich selbst bezahlt haben und aus dem Umlaufgenommen werden.)

Ich debattierte öffentlich mit Kommunisten und Sozialisten, hielt Vorträge vor den verschiedenartigsten Gruppen: Dem Verein Christlicher Junger Männer; den Jüngern Rudolf Steiners, den Anthroposophen; vor Universitätsstudenten und Schülern. An Samstag Abenden luden wir, über Zeitungsanzeigen, zu Tanz, zu Vortrag und Diskussionen ein. Gewöhnlich kamen zwischen 20 und 30 junge Leute. Aber ich erinnere mich nicht, daß wir auf diese Weise unseren Kreis erweitern konnten. Aus der freiwirtschaftlichen Presse erfuhren wir von den Erfahrungen in Schwanienskirchen mit *Wära* und in Wörgl mit »Schwund«-Notgeld. Darüber schrieb ich einen Artikel für die damals einflußreiche Wochenzeitschrift *The New Republic*. Der war gerade in Druck,

als ich las, Professor Irving Fisher hätte in einem Vortrag erwähnt, daß die Bemühungen von Regierung und Federal Reserve System, Geld und Kredit in Umlauf zu bringen, nicht fruchteten, weil es unmöglich wäre, die Umlaufgeschwindigkeit zu kontrollieren. Ich rief ihn an, um ihn auf *Wära* und Wörgl aufmerksam zu machen. Er lud mich zum Nachtessen ein. Der Vorschlag, »Schwundgeld« zur Überwindung von Arbeitslosigkeit einzusetzen, faszinierte ihn. Er wollte wissen, ob ich bereit wäre, ihm dabei zu helfen, diesen Vorschlag in Amerika populär zu machen. Ob ich das war!

Irving Fisher war damals der wohl bekannteste amerikanische Volkswirt. Er war einer der ersten, der darauf hingewiesen hatte, daß der Wert des Geldes in seiner Kaufkraft besteht und nicht, wie das 1931 noch der Fall war, in einem Gewicht Gold oder Silber. Und daß eine Währungscommission die Kaufkraftstabilität des Dollars gewährleisten müsse. In seinem Buch »Feste Währung« erzählt er: »Mein Interesse am Problem der Stabilisierung der Kaufkraft begann schon, als ich meine volkswirtschaftlichen Studien begann – um 1892. Von 1905 an wurde in meinen Kursen das Problem eines besseren Maßstabes für den Geldwert regelmäßig behandelt. 1911 schlug ich in meinem Buch »Die Kaufkraft des Geldes« (The Purchasing Power of Money) eine internationale Kommission vor, welche das Geldproblem im Hinblick auf die hohen Lebenshaltungskosten untersuchen sollte. Bis zu diesem Zeitpunkt betrachtete man Stabilisierungspläne als die »Spielwiese der Akademiker«.

»Im Januar 1920 kam das Buch »Die Stabilisierung des Dollars« (Stabilizing The Dollar) heraus. Dem Band war eine Postkarte beigelegt für diejenigen, die an der Gründung einer Gesellschaft mit dem Ziel der Geldwertstabilisierung interessiert wären. Im Dezember 1920 hatten 1000 Leser ihre Postkarten eingesandt. Das führte zur Gründung der Stable Money Association.«

Auf meiner Suche nach Gleichgesinnten war ich 1931 in New York auf diese Stable Money Association gestoßen. Ein liebenswürdiger älterer Herr, Mr. Birdwell, schien glücklich, wenn ich kam. Über Wochen war ich, glaube ich, der einzige Besucher, der sich für das Ziel seiner Organisation zu interessieren schien und die gutbestückte Bibliothek benutzte. Seit Ausbruch der Depression, klagte Mr. Birdwell, waren die Mitgliedsbeiträge ausgeblieben. Aktiv wären nur noch Professor Fisher und der Vorsitzende der Gesellschaft, Frederick Delano, der Onkel von Franklin D. Roosevelt. Bald darauf wurde Mr. Birdwell krank. Er übergab mir den Schlüssel zum Büro und bat mich, dort nach dem rechten zu sehen. Ich besuchte ihn noch ein-, zweimal im Krankenhaus, bevor er starb. Und so war ich plötzlich der Verwalter der Stable Money Association geworden. Ich rief Professor Fisher an und fragte, was ich nun tun sollte. Man wäre mir sehr dankbar, antwortete er, wenn ich das Büro auflösen würde. »Und was soll mit den Möbeln und mit der Bibliothek geschehen?«

wollte ich wissen. »Wenn Sie daran interessiert sind«, war die Antwort, »dann nehmen Sie sich, was Sie davon brauchen können.« So wurde ich der Besitzer einer ausgezeichneten Fachbibliothek, die mir half, meine etwas dürftigen volkswirtschaftlichen Kenntnisse zu vertiefen.

Durch diese Literatur erfuhr ich unter anderem, welch hervorragenden Anteil Irving Fisher an der Entwicklung der Idee eines stabilen Geldes gehabt hatte. Er erzählte mir einmal später, daß er nach Beendigung seines Doppelstudiums von Mathematik (bei dem weltberühmten J. Willard Gibbs) und Soziologie (bei dem nicht weniger bekannten William Graham Sumner) nicht recht wußte, auf welchem Gebiet er weiter arbeiten sollte. Professor Sumner riet ihm, die beiden Disziplinen miteinander zu verbinden. So schrieb er 1891 seine Doktorarbeit über »Mathematische Untersuchung der Theorie von Wert und Preisen«, die ihn – 24jährig – praktisch über Nacht berühmt machte. Denn hier legte er den Grundstein für die Ökonometrie – die Wissenschaft von der Meßbarkeit volkswirtschaftlicher Vorgänge –, ohne welche heute die Volkswirtschaft nicht vorstellbar ist. Einige Jahrzehnte später gründete er die internationale Ökonometrische Gesellschaft, deren Präsident er viele Jahre lang war.

Fisher erzählt auch in einem seiner Bücher, daß es insbesondere in den frühen zwanziger Jahren sehr schwierig war, Interesse am Stabilisierungsproblem zu wecken, weil man Indexzahlen allgemein für unzuverlässig hielt. Deshalb schrieb er 1922 ein umfangreiches Werk über »Die Konstruktion von Indexzahlen« (The Making of Index Numbers) und begann 1923 mit der Veröffentlichung eines eigenen, wöchentlichen Großhandels-Index', den viele Zeitungen übernahmen. Dieser Index war zugleich ein Preisindex und ein Index der Kaufkraft des Dollars. So konnte er ein Massenpublikum laufend darauf hinweisen, daß sich die Kaufkraft des Dollars entsprechend den Veränderungen des Preisindex' veränderte. Für die meisten Leute war ein Dollar trotzdem nach wie vor ein Dollar – sie waren Opfer der Illusion des Geldes; viele sind es noch heute.

Um diese Geldillusion aus erster Hand zu studieren, besuchte Irving Fisher 1922 das von der Inflation gebeutelte Deutschland. Die Reichsmark hatte damals 98 % ihrer Kaufkraft verloren. Doch 80 % der Bevölkerung ahnte nicht, daß mit ihrem Geld etwas nicht stimmte. Das 1928 erschienene Buch »Die Geld-Illusion« (The Money Illusion) behandelt dieses erstaunliche Phänomen, daß die Leute wohl wissen, wenn sich der Wert einer fremden Währung in Relation zu ihrer eigenen verändert. Für den Wert ihrer eigenen Währung sind sie jedoch meistens blind. »Für mich scheint es unvermeidlich«, schreibt er in diesem Buch, »daß die Geldillusion eines Tages überwunden sein wird; daß die Stabilisierung – oder Standardisierung – des Geldes einmal so selbst-

selbstverständlich sein wird wie die Standardisierung des Meters oder des Kilos; und daß sich die Welt einst fragen wird, warum einer so einfachen Sache, wie einer festen Währung, jemals Widerstand geleistet wurde.«

Noch ein letztes Wort über die beeindruckende Leistung Fishers zum Zeitpunkt, als ich ihn besuchte: Allein über das Thema Stabilisierung hatte er 13 Bücher geschrieben, 161 Artikel, 37 Briefe an Zeitungen (die alle gedruckt wurden); er hatte 99 öffentliche Vorträge gehalten und war 9mal als Zeuge bei Anhörungen vor Kongreßausschüssen vorgeladen worden. Zur Feier seines 100. Geburtstages gab die Yale Universität eine Festschrift heraus, in der es heißt: »Irving Fisher war einer der bedeutendsten volkswirtschaftlichen Theoretiker der vergangenen hundert Jahre. Seine Beiträge umfaßten Werke von grundlegender *Originalität und Tiefe* über die Theorien des Geldes, der Preise, des Zinses, der Einkommen und der Besteuerung, der Indexzahlen und anderer Zweige der Ökonometrie.« Ragnar Frisch, der vor mir Irving Fishers Assistent war und später den Nobelpreis für seine ökonomischen Beiträge erhielt, sprach von Fishers einzigartigem Einfluß auf seine Zeit. »Ich kenne keinen Menschen,« sagte Frisch, »der eine so breite Interessensspanne hatte wie Irving Fisher. Charakteristisch für seine Arbeiten ist, glaube ich, daß er in allem, was er tat, seiner Zeit bis zu zwei Generationen voraus war.«

Was Irving Fisher nach meiner Erfahrung vor seinen meist weniger prominenten Kollegen auszeichnete, war seine Aufgeschlossenheit: Die Tatsache, daß er mich einlud, mir zuhörte, als ich ihm von Silvio Gesell, von Wära und Wörgl erzählte und spontan entschied, dies sei eine praktische Möglichkeit, gegen die Arbeitslosigkeit anzugehen. Und daß er sofort verstand, daß mit »Schwundgeld«* ein entscheidender Schritt zur Gesundung der Wirtschaft getan werden konnte, der zugleich ein Schritt in Richtung Stabilisierung war.

Als Beispiel dafür, wie schnell und wirkungsvoll Fisher diese für ihn neue Idee umsetzte, zitiere ich aus seinem kurz danach in England erschienenen Buch »Konjunkturen und Krisen« (Booms und Depressions). »Dieser einzigartige Plan würde sofort Kaufkraft in die Hände der Verbraucher, einschließlich der Arbeitslosen, geben. Er könnte, falls man das wünscht, auf die Arbeitslosen beschränkt werden. Jedem von ihnen könnten \$ 500 als Geschenk gegeben werden, was für 8 Millionen Arbeitslose eine Gesamtausgabe von \$ 4 Milliarden bedeuten würde. Das würde helfen, zwei Probleme gleichzeitig zu lösen: Arbeitslosenhilfe und Reflation. Ein Vorteil des Planes ist, daß er die Staatsfinanzen nicht zusätzlich belasten würde. Abgesehen davon, daß dies ein zeitlich begrenztes Mittel wäre, um die Depression aufzuhalten, das Hor-

*Der Begriff »Schwundgeld« wurde in Anführungszeichen gesetzt, weil er die mißverständliche Vorstellung erweckt, daß der Geldwert schwinden würde. Dies ist jedoch beim »Schwundgeld« gerade nicht der Fall, wie aus den vorstehenden Ausführungen hervor geht. Es handelt sich vielmehr um die Herstellung der Gleichwertigkeit von Ware und Geld (Geld als »reeller Konkurrent« der Ware) beim Tausch. (Siehe auch die entsprechenden Ausführungen von J. Schellenberg in »Fragen der Freiheit« Heft 159.)

ten zu beenden und mit der Reflation anzufangen, könnte der Plan auch als eine Dauereinrichtung der Stabilitätspolitik adaptiert werden. Die Regierung könnte »Schwundgeld« für die Zahlung von Verpflichtungen oder den Ankauf von Obligationen herausgeben. Das Gesamtvolumen der Scheine könnte von Zeit zu Zeit, je nach Bedarf, verringert oder vergrößert werden. Natürlich sollte diese Art von Kontrolle gesetzlich auf den ausschließlichen Zweck der Stabilisierung im Einklang mit einer Indexzahl beschränkt werden.«

In den ersten sechs Monaten meiner Arbeit für Irving Fisher hatte ich mit der Beantwortung der vielen Briefe zu tun, mit denen Gemeinden, Städte und Persönlichkeiten der Wirtschaft und Industrie Fragen über »Schwundgeld« vorbrachten. Da waren zudem Briefe an Zeitungen – meistens um Berichte zu korrigieren. Da war insbesondere die Mitarbeit an Gesetzentwürfen und an einem kleinen Buch über »Schwundgeld« mit dem Namen »Stamp Scrip«, eine Art Handbuch für diejenigen, die »Schwundgeld« herausgeben wollten. Insgesamt 450 bis 500 Gemeinden und Städte bekundeten damals ihr Interesse. Das Buch enthält auch den Gesetzentwurf, den Kongressman Pettengill aus Indiana und Senator Bankheas aus Alabama eingebracht hatten. Er sah die Herausgabe von \$ 1 Milliarde jährlich durch das amerikanische Schatzamt vor, bis die Kaufkraft des Dollars ihren Stand von vor der Depression wieder erlangt hätte. Ein anderes Gesetz wurde für den Staat Pennsylvania vorbereitet, das auch abgedruckt ist. Es sollte Gemeinden und Städten des Staates erlauben, Schwundgeld für die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen herauszugeben.

In »Stamp Scrip« sind auch die Erfahrungen aufgezeichnet, die man in Schwankenkirchen mit *Wära* und in Wörgl mit dem »Schwund«-Notgeld gemacht hatte. »Der Bürgermeister mit dem langen Namen«, wie hier Herr Unterguggenberger genannt wird, »hatte schlauerweise und völlig korrekt entschieden, daß seine Stadt, was immer auch unternommen würde, daraus Vorteile ziehen sollte.« Professor Fisher schickte seinen schweizer Mitarbeiter, Dr. Hermann Scheibler, nach Wörgl, um an Ort und Stelle ein Gutachten zu erstellen. Der berichtete, daß, nachdem das »Schwundgeld« herausgegeben war, nicht nur die fälligen Gemeindesteuern prompt bezahlt wurden, sondern auch Steuerschulden; daß Wörgl im zweiten Halbjahr 1932 öffentliche Arbeiten für \$ 100.000 ausführen konnte: Sieben Straßen wurden asphaltiert; zwölf Wege repariert; das Kanalsystem wurde um zwei Straßen erweitert; Bäume wurden gepflanzt und der Wald versorgt. Zwischen 30 und 50 Arbeitslose konnten dauernd beschäftigt werden. Und vor allem, die Arbeitslosigkeit stieg nicht weiter an. Schließlich zitiert Dr. Scheibler Bürgermeister Unterguggenberger wie folgt: »Das »Schwundgeld« von Wörgl wird historische Bedeutung erlangen; denn es hat sein Versprechen gehalten, Brot und Arbeit zu geben. Es hat tatsächlich all unsere Erwartungen erfüllt.«

In dem Buch »Stamp Scrip« sind 15 amerikanische Gemeinden als Beispiele dafür aufgeführt, wie man es nicht machen soll. Die hatten – dem Beispiel eines kleinen Ortes, Hawarden mit Namen, folgend – Notgeld herausgegeben, das bei jeder Verwendung auf der Rückseite mit einer Steuermarke beklebt werden mußte; das heißt ohne datierte Felder. Das war natürlich, streng genommen, auch »Stamp Scrip« – Marken-Notgeld. Doch die Marken funktionierten hier als eine Umsatzsteuer, das heißt als Behinderung für die Zirkulation, also genau das Gegenteil von den Marken, die wöchentlich fällig wurden und so die Weitergabe der Scheine anregten. Das richtige *Wära*-Wörgl »Schwundgeld« zirkulierte zum Beispiel erfolgreich in Dothan im Staate Alabama. Die Stadt St. Paul im Staate Minnesota mit einer Viertel Million Einwohner wollte \$ 100.000 »Schwundgeld« herausgeben, so bald der Staat die dazu erforderliche Erlaubnis gebe. Mehr als 100 Gemeinden, auch einige größere Städte, hatten damals geplant, den Instruktionen in »Stamp Scrip« zu folgen und »Schwundgeld« herauszugeben.

Im Auftrag von Professor Fisher war ich Anfang 1933 in Reading, einer mittleren Industriestadt im Staate Pennsylvania mit 100.000 Einwohnern. Die Handelskammer hatte um Hilfe bei der Herausgabe von »Schwundgeld« gebeten. Ein Komitee von 10 Bankiers und 2 Geschäftsleuten zeichnete für das Unternehmen verantwortlich. Die Stadt hatte sich bereit erklärt, das »Schwundgeld« für Steuern und andere Abgaben zu akzeptieren. Die Banken wollten es annehmen und weitergeben. Die Gewerkschaften waren mit der teilweisen Bezahlung der Löhne in »Schwundgeld« einverstanden, nachdem die Einzelhändler, die Großhändler, Tankstellen, Versicherungen, Ärzte, die Telefongesellschaft und die Bauern ebenfalls bereit waren, es in Zahlung zu nehmen. Die Geldscheine und die 2 %igen Stempelmarken waren gedruckt. Geschäfte und Banken hatten Schilder bekommen mit dem Aufdruck »Stamp Scrip Accepted« – »Schwundgeld« wird akzeptiert« – die Banken hatten Schilder, daß sie die Stempelmarken verkauften. Am Montag, dem 7. März 1933, sollte es losgehen.

Ich erinnere mich noch genau, daß wir am Freitag, dem 4. März, zusammensaßen, um der Antrittsrede Präsident Roosevelts am Radio zu lauschen. Er machte seinen berühmten Ausspruch »the only thing to fear is fear itself« »das Einzige, was wir fürchten müssen, ist die Furcht selbst«. Dann ordnete er an, die Banken vorläufig zu schließen und verbot jegliche weitere Herausgabe von Notgeld. Ich fuhr noch am gleichen Tag zu Professor Fisher zurück.

Dort war inzwischen eine Anfrage des Staates Oregon eingegangen, der zur Finanzierung von öffentlichen Arbeiten für \$ 75 Millionen »Schwundgeld« herausgeben wollte. Professor Fisher schickte mich nach Washington, um bei der

neuen Regierung eine Ausnahmegenehmigung zu erwirken. Über unsere Freunde im Haus und Senat konnte ich mit einigen führenden New Dealern sprechen: So mit der Arbeitsministerin, die nichts einzuwenden hatte; doch auch nichts entscheiden konnte. Dann sah ich den Innenminister, der auch nicht dagegen war, der aber für eine Erlaubnis keine Kompetenz hatte. Ich mußte die Erlaubnis vom Finanzministerium bekommen. Der neue Finanzminister, ein Mr. Woodin, war krank. Ich sah seinen Stellvertreter, Dean Acheson, den späteren Außenminister. Er sagte, er könnte ohne die Befürwortung seines Fachmanns, des Harvard Professors Russel Sprague, keine Entscheidung treffen. Professor Sprague empfing mich sehr freundlich. Er wollte die Unterlagen studieren und mir am nächsten Tag seine Entscheidung sagen. Gegen die Herausgabe von »Schwundgeld« durch den Staat Oregon zum Zweck der Arbeitsbeschaffung sei prinzipiell nichts einzuwenden, entschied er. Doch gehe unser Vorschlag viel weiter. Er sei ein Versuch, das amerikanische Geldwesen zu verändern, und dem zuzustimmen, habe er keine Kompetenz. Damit war nicht nur unsere »Schwundgeld«-Initiative abgewürgt, sondern ein Beispiel, das in der Tat zu einer grundlegenden Geldreform hätte führen können. Die zwanzig prall gefüllten Ordner mit Korrespondenz mit Leuten, die sich für »Schwundgeld« interessiert hatten, habe ich später der New York Public Library übergeben, wo sie noch heute eingesehen werden können.

Der abschlägige Bescheid des Finanzministeriums machte es klar, daß der New Deal für die Geldreformvorschläge Irving Fishers nicht aufgeschlossen war. Fisher hatte Roosevelt noch vor seiner Amtseinführung besucht. Der hatte zwar interessiert zugehört und intelligente Fragen gestellt, doch das führte zu nichts. Roosevelt war bekannt dafür, bei solchen Gelegenheiten überwältigend liebenswürdig zu sein und den Eindruck zu erwecken, er habe alles verstanden und wäre bereit, die Ratschläge zu befolgen. Tatsächlich hatte er – obwohl vorher erfolgreicher Gouverneur des Staates New York – kein Verständnis für volkswirtschaftliche Zusammenhänge. Seine politische Karriere basierte nicht zuletzt auf seinem Interesse an Sozialreformen. Seine engsten Mitarbeiter waren fast ausnahmslos Leut^e, mit denen er in der öffentlichen Wohlfahrt zusammengearbeitet hatte. Jahrelang hatten sie gegen die Auswüchse des sogenannten »Freien Unternehmertums« angekämpft. Für sie war das Profitmotiv der Inbegriff des Bösen.

1932 hatte Irving Fisher in seinem schon erwähnten Buch »Konjunkturen und Krisen« (Booms and Depressions) eine Analyse der Depression vorgelegt, die als Hauptgrund die verfehlte Kreditpolitik des Federal Reserve Systems nannte. Der erste Satz des Buches lautete: »Eine Depression ist ein Zustand, bei dem Business unrentabel wird. Man könnte sehr wohl von einer

Krankheit des Privatgewinns sprechen.« Das Profitsystem krank: Um so besser, meinten die New Dealer. War es nicht verantwortlich für millionenfache Arbeitslosigkeit; für den Kollaps von tausenden von Banken, wodurch Hunderttausende ihre Ersparnisse verloren; für die Verarmung der Bauern; für den Verlust von Häusern, weil die Hypothekenzinsen nicht mehr bezahlt werden konnten? Die New Deal Gesetzgebung wollte vor allem diese Symptome korrigieren: Arbeitsbeschaffungsprogramme wurden verfügt; Ersparnisse wurden durch eine staatliche Versicherung geschützt; der Börse wurden harte Bedingungen für die Zulassung neuer Aktien auferlegt; dem Verlust privaten Eigentums von Wohnhäusern wurde durch eine Hypotheken-Versicherung vorgebeugt. Mindestlöhne für Industriearbeiter und Mindestpreise für landwirtschaftliche Produkte wurden gesetzlich verfügt; Gewerkschaften legalisiert. Für Amerika war es ein riesiger Schritt in Richtung sozialer Gesetzgebung. Alle diese Maßnahmen hatten ihre Berechtigung, um die Menschen vor den zügellosen Übergriffen eines ungebändigten Profitsystems zu schützen. Was sie nicht taten, was ihre Autoren auch nicht beabsichtigten, ja, was sie ängstlich zu vermeiden schienen, war die Gesundung der Wirtschaft zu fördern. Denn die Wiederherstellung der Rentabilität war tabu. Der New Deal war gegen das System privater Gewinne, weil er die Ursachen und Wirkungen der Depression nicht auseinander halten konnte.

Mit seinen Freunden aus der Stable Money Association versuchte Fisher dieser Einstellung der New Deal Regierung entgegen zu arbeiten; Sie gründeten eine Propaganda Organisation mit dem Namen *Committee for the Nation*. Auf unparteilicher Basis sollte es die Öffentlichkeit auf die Gefahren gewisser New Deal Maßnahmen für die wirtschaftliche Freiheit und die Gesundung der Wirtschaft aufmerksam machen. Das waren keineswegs Leute, die Privilegien oder Monopole verteidigen wollten. Mir ist auch kein Fall bekannt, wo die Mißbräuche des Freien Unternehmertums entschuldigt oder verteidigt wurden. Es waren hauptsächlich Geschäftsleute, die den Unterschied zwischen »sozial« und »sozialistisch« besser verstanden als die New Dealer, von denen kaum einer jemals in der Wirtschaft tätig war, die sie jetzt zu kontrollieren versuchten. Vor allem plädierte das *Committee for the Nation* für monetäre Maßnahmen: Das Verlassen des Goldstandards, Kreditexpansion, die Wiederherstellung eines normalen Preisniveaus, das die Zinslasten einer überverschuldeten Wirtschaft und so die Kostenrelationen im Produktionsprozeß normalisieren würde. Man muß sich vergegenwärtigen, daß in den drei Jahren zwischen 1929 und 1932 der Preisindex um rund 1/3 gefallen war – der Durchschnittspreis für landwirtschaftliche Produkte sogar um 40 %.

Um einem breiten Publikum die Wichtigkeit monetärer Maßnahmen verständlich zu machen und seine Vorschläge wissenschaftlich zu untermauern,

entschloß sich Irving Fisher im Sommer 1933, eine Kulturgeschichte des Geldes zu verfassen, an der ich ein Jahr lang fast ausschließlich arbeitete. Das Buch »Feste Währung« (Stable Money) kam 1934 heraus. In Deutschland erschien es zwei Jahre später. Fisher widmete es Präsident Roosevelt in der Hoffnung, daß er es seinen Experten zu lesen geben würde und so deren Denkprozesse etwas beeinflussen könnte. Das *Committee for the Nation* schickte einige hundert Kopien des Buches an wichtige Persönlichkeiten.

Das Buch verfolgt die Entwicklung der Idee eines kaufkraftstabilen Geldes über die Jahrhunderte hinweg. Schon immer haben die Menschen versucht, der Unberechenbarkeit des Geldes Herr zu werden. Für die amerikanische Situation von besonderem Interesse war ein Kapitel, das die Kreditpolitik des Federal Reserve Systems untersuchte. Wir kamen zu dem gleichen Ergebnis wie der Autor einer im Auftrag des Finanzministeriums erarbeiteten Studie: Erstens, daß die Stabilität der zwanziger Jahre weitgehend auf der klugen Kreditpolitik der Federal Reserve Bank von New York basierte, die ihr Gouverneur Benjamin Strong gegen den Widerstand des ihm vorgesetzten Federal Reserve Boards in Washington durchführte. Und zweitens, hätte Gouverneur Strong zur Zeit der Börsenkrise im Herbst 1929 noch gelebt, wäre er zweifellos gegen die Panikkreditpolitik der Banken eingeschritten. Er hätte verhindert, was die Zentrale in Washington förderte, daß aus einem Börsenkrach der Kollaps einer damals völlig gesunden Volkswirtschaft wurde. Für mich ist es heute noch unbegreiflich, warum diese Erkenntnis später nie in praktische Kreditpolitik umgesetzt wurde, nachdem sie ja im Finanzministerium akzeptiert war. Doch waren es nicht nur die New Dealer, die sich gegen eine Reform der Geldpolitik wehrten. Sie fanden Unterstützung bei der Leitung des Federal Reserve Systems, das sich auf die konservativen Meinungen der meisten Bankiers stützte.

In Gesprächen mit fortschrittlichen Bankiers, die sich für Reformen einsetzten, kam Fisher zur Überzeugung, daß eine wirksame Kreditpolitik der Zentralbank nur möglich ist, wenn diese das gesamte Geldvolumen hundertprozentig kontrollieren kann. 1936 kam sein Buch »100 % Money« heraus, das die Forderung nach einer 100 %igen Deckung von Bankkrediten stellt und begründet. Diese Forderung wurde von vielen Volkswirten damals übernommen, einschließlich der sogenannten Chicago Gruppe, zu der auch der bekannte Nobelpreisvolkswirt Milton Friedman gehörte. Im Vorwort zu diesem Buch heißt es: »Wesentlich am 100 %-Plan ist, daß er das Geld vom Bankkredit unabhängig macht; das heißt, er trennt den Prozeß des Geldherstellens und Geldvernichtens vom Bankgeschäft. Ein Nebenresultat ist, daß auf diese Weise das Bankgeschäft sicherer und rentabler würde. Aber das weitaus wichtigste Resultat wäre die Verhinderung großer chronischer Inflationen und

Deflationen, die seit eh und je der wirtschaftliche Fluch der Menschheit sind und die weitgehend auf das Bankgeschäft zurückzuführen sind.«

Ich fasse zusammen und komme zum Schluß: Die technischen Schwierigkeiten, Geldwertstabilität zu erreichen, scheinen gering, verglichen mit dem allgemeinen Mangel an Verständnis, worum es dabei geht. So lange die »Geldillusion« nicht überwunden ist, wird es kaum zu der politischen Willensbildung kommen, die Stabilität fordert.

Worauf es jedoch heute ankommt, ist, die durch solch monetäre Maßnahmen wie Kreditrestriktionen, hohe Zinsen und Überverschuldung verursachte Arbeitslosigkeit abzubauen. Die Beispiele von Schwanenkirchen und Wörgl haben gezeigt, daß durch »Schwundgeld« Arbeit beschafft werden kann, ohne Gemeinden, Städte oder den Staat zusätzlich zu verschulden. Hier in Wörgl wurde demonstriert, daß diese Art der Selbsthilfe weder die Moral, die öffentliche Ordnung noch den sozialen Frieden gefährdet. Die Arbeitslosen können nicht warten. Öffentliche Arbeiten, besonders die zum Schutz der Umwelt bestimmten, sollen nicht warten. Ich glaube, niemand braucht auf irgend etwas zu warten, wenn es darum geht, soziales Elend zu mildern.

Vor fünfzig Jahren hat Irving Fisher bereits deutlich gemacht, daß erst, nachdem die monetären Ursachen der Wirtschaftskrise beseitigt sind, man klarer sehen kann, welche Maßnahmen zur Erhaltung der Stabilität erforderlich sein werden. Ob diese Maßnahmen dann »Schwundgeld« oder ein 100 % Reserve-System oder eine Kombination dieser oder anderer Maßnahmen sein werden, ist nicht wesentlich. Wesentlich ist, daß die Kaufkraft des Geldes ein so zuverlässiger Wertmaßstab wird, wie es der Meter für Länge und das Kilo für Gewicht heute sind. Wichtig ist ferner – und auch darauf hat Irving Fisher hingewiesen –, daß Geldwertstabilität kein Allheilmittel für die Probleme einer freiheitlichen Wirtschaft ist. Sie ist zwar die Basis einer gesunden Volkswirtschaft, doch die Probleme der technologischen Arbeitslosigkeit, der Monopole, der Abhängigkeit vom Außenhandel, der Korruption, des Umweltschutzes und der politischen Pressionen aus dem In- und Ausland kann sie nicht lösen. Die Erfahrung unserer Generation lehrt aber, daß diese Probleme ohne Geldwertstabilität von einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung nicht gelöst werden können. Die Alternative für uns ist Stabilität oder das Ende unserer freiheitlichen Wirtschaft*.

*Fußnote siehe Seite 14.

Abraham Lincoln*

- Über das Verhältnis von Kapital und Arbeit -

Abraham Lincoln erklärte 1861 in einer Botschaft: »Es gibt aber ... noch einen anderen weniger bekannten Punkt: den Versuch, das Kapital auf dieselbe Stufe, wenn nicht höher zu stellen als die Arbeit. Die Arbeit, sagt man, könne nur in Verbindung mit dem Kapital existieren, niemand könne arbeiten, wenn nicht ein Kapitalist ihn zur Arbeit veranlaßt. Dann fragt man weiter, ob es besser sei, daß das Kapital Arbeiter mietet und sie freiwillig arbeiten läßt, oder daß es sie kauft und zur Arbeit zwingt. So schließt man, alle Arbeiter sind entweder gemietet oder Sklaven, und weiter, wer einmal ein Gemieteter ist, muß es sein Leben lang bleiben.

Dieses Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit gibt es nicht, noch auch einen freien Mann, der lebenslänglich gezwungen wäre, Tagelöhner zu bleiben. Beide Hypothesen und alle Schlüsse daraus sind falsch. Erst kommt die Arbeit, das Kapital ist nur ihre Frucht und könnte ohne sie nicht existieren. Die Arbeit ist dem Kapital überlegen ... Keiner von uns ist vertrauenswürdiger, als der sich von der Arbeit empor entwickelt hat; niemand ist weniger als er geneigt, etwas zu nehmen oder anzurühren, was er nicht ehrlich verdient hätte ... Da die Arbeit eine gemeinsame Last unserer Rasse ist, so ist der Versuch, diese Last auf die Schultern des Andern zu schieben, der große, ewige Fluch unserer Rasse. Da die meisten guten Dinge durch Arbeit erzeugt werden, so folgt, sie sollten denen gehören, deren Arbeit sie erzeugt. Trotzdem haben zu allen Zeiten einige gearbeitet und andere faul einen großen Teil der Früchte genossen. Das ist ungerecht und sollte so nicht weitergehen. Jedem Arbeiter den vollen Verdienst seiner Arbeit zu schaffen oder doch beinahe, soweit es eben möglich ist, das ist ein Ziel für jede gute Regierung ...

Die Arbeit kommt vor dem Kapital, ist also unabhängig von ihm. Das Kapital ist die Frucht der Arbeit und könnte nicht existieren, wenn nicht die Arbeit vorher wäre. Arbeit kann ohne Kapital sein, aber Kapital nicht ohne Arbeit. Darum ist Arbeit dem Kapital immer weit überlegen.«

*Aus: Lothar Vogel »Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus« 1973.

Gegen das Weitermachen wie bisher

Elimar Rosenbohm

Kritische Stellungnahme zu den letzten Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Übersicht

- 1 Die Ordnungspolitik kommt zu kurz
- 2 »Einkommen muß nicht zu Nachfrage werden«
 - 2.1 Der Fehler liegt im Geldsystem
 - 2.2 Warum eine »unvermeidliche Inflationsrate«?
 - 2.2.1 Das Problem des Geldumlaufs
 - 2.2.3 Neue Geldtechnik statt Inflationsbetrug
 - 2.2.4 Exkurs: *Wolfram Engels* und der Monetarismus
 - 2.2.5 Sinkende Inflationsraten bedeuten Arbeitslosigkeit
 - 2.2.6 Geldpraxis: ein Skandal
 - 2.2.7 Der Notenbankier soll bei seinem Leisten bleiben
- 3 *Hans-Jürgen Krupp*: Wir brauchen einen Nachfrageanstoß
- 4 Wenn der Wohnungsmarkt »verrückt spielt«
 - 4.1 Bonn: Neue Herren mit altem Konzept
- 5 Zum (wirtschaftspolitischen) Bauherrenmodell des SVRs
 - 5.1 Die »Rentabilitätslücke des SVRs«

Der Sachverständigenrat (SVR) gab seinem letzten Jahresgutachten (JG) 82/83 den Titel »Gegen Pessimismus« (Verlag W. Kohlhammer GmbH Stuttgart und Mainz, 1982). Die hier in Klammern hinzugefügten Ziffern beziehen sich auf die Teilziffern dieses Gutachtens; die Bezugnahme auf dessen Kurzfassung wird mit einem * und auf das Sondergutachten – im gleichen Band ab S. 201 – mit SG gekennzeichnet.

»Ich bin auf der Suche nach Wegen, die 2 Millionen Arbeitslosen, die jetzt auf der Straße stehen, wieder in Arbeit zu bringen. Was machen wir eigentlich, wenn's drei Millionen sind? Machen wir dann fröhlich das Tralala der alten Reden weiter? Werden wir eigentlich erst wach, wenn das Haus in Flammen steht?

Manchmal habe ich den Eindruck, wir hätten uns mit einer Massenimpfung gegen neue Ideen geschützt. Soziale Neuheiten sind aber doch keine Krankheiten.«¹

Dr. Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister

1 Die Ordnungspolitik kommt zu kurz

Bei allem Respekt vor der Verarbeitung volkswirtschaftlicher Daten durch den SVR, die Ordnungspolitik kommt dabei zu kurz. Immer wieder hat der SVR den ihm gesetzlich vorgeschriebenen »Rahmen der Marktwirtschaft« gesprengt. Zwar weist er selbst darauf hin: »Jede Wirtschaftspolitik, Angebotspolitik wie Nachfragepolitik, das ist unumstritten, wirkt in Marktprozesse hinein, die von einzelwirtschaftlichen Entscheidungen gesteuert werden und im Prinzip nicht zu ihrer Disposition stehen.« (57*) Er empfiehlt auch zu prüfen, »ob nicht die Vielzahl von Marktinterventionen in Form von Subventionen, Regulierungen, sowie der Umfang und die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme zu einer allzu hohen Belastung geworden ist.« (56*) – Doch bezeichnend ist es für die Ordnungsvorstellungen des SVRs, daß er von »Steuerungsfehlern im Marktprozeß« (56*) spricht. Wer in der Marktwirtschaft ein Instrument sieht, das der Steuerung (durch die Wirtschaftspolitik) bedarf, hat die marktwirtschaftliche Ordnung nicht bis zu Ende gedacht. Der Markt entspricht ja einem kybernetisch perfekt geregelten – das heißt sich selbst steuernden – System, wie wir es überall in der Natur vorfinden. Es bedarf also keiner *Steuerung von außen*.

Eine ungestörte Marktwirtschaft stellt für alle hinreichend Arbeit und – entsprechend dieser Arbeit – Güter zur Verfügung. Wenn *Gleichgewichtsstörungen* auftreten und der Markt »verrückt spielt« – zu wenig Arbeit und Wohnungen, zuviel Stahl und Butter –, dann ist entweder ein *Fehler im System* – der gesucht und repariert werden muß – oder es wurde *von außen* in dieses Marktsystem eingegriffen und damit durcheinander gebracht. Tatsächlich verursacht ein Fehler im System Gleichgewichtsstörungen, aber die darauf erfolgten Eingriffe in das Marktgeschehen verschärfen diese nur noch. Wo liegt nun der Fehler in unserer sonst doch so leistungsfähigen Marktwirtschaft?

¹ Der Spiegel 1982/49/51.

2 »Einkommen muß nicht zu Nachfrage werden«

Ich halte es für außerordentlich bemerkenswert, daß der SVR in seinem JG 1981/82 (Teilh. 301) erstmalig seit seinem Bestehen diesen schwerwiegenden Fehler unserer Marktwirtschaft zur Sprache brachte. Endlich hat er einmal Ursachenforschung betrieben – statt einfacher Datenverarbeitung und -extrapolation für zweifelhafte Prognosen. Er stellt fest: »Einkommen muß nicht zu Nachfrage werden.« Mit anderen Worten: Der Markt braucht nicht in gleichem Rhythmus geräumt werden, wie er gefüllt wird: *Allein aus diesem Absatzmangel entsteht aber die Arbeitslosigkeit.*

Solange ein Nachfrageausfall allerdings durch die Geldvermehrung der Notenbank kompensiert – und überkompensiert – wurde, konnte sich dieser Fehler nicht auswirken. Und soweit er überkompensiert wurde, führte das zur Inflation, die ihrerseits die Nachfrage (= Geld) wieder auf den Markt trieb. Das änderte sich nach der Verflüchtigung der Geldillusion (*Fisher*), indem man immer mehr dazu überging, in Realgrößen zu rechnen und außerdem versuchte, die gestiegenen Inflationsraten wieder herunter zu bringen (vergl. Ziffer 2.25).

Der SVR kommt auf diesen Fehler in unserer Marktwirtschaft in seinen folgenden Gutachten nicht zurück; offenbar unterschätzt er sein Gewicht für unsere Wirtschaftsverfassung. Und schlimmer noch, er lastet diesen Fehler, der ja zweifellos in unserem heutigen *Geldsystem* begründet liegt, dem *Marktsystem* an und bringt damit das so segensreiche Marktsystem in Verruf, dem er doch sogar gesetzlich verpflichtet ist.

2.1 Der Fehler liegt im Geldsystem

Anscheinend ist der SVR mehr durch Zufall auf diesen Kardinalfehler unseres Geldsystems gekommen. Bekanntlich ist die sogenannte *Angebotspolitik* heute Mode, sie wird darum auch vom SVR warm empfohlen: »Das Angebot, das Produzieren, schafft über das Einkommen, das dabei erzielt wird, kaufkräftige Nachfrage.« (JG 81/82 Ziff. 301) Dabei hat *Keynes* unendlich viel Mühe darauf verwandt zu zeigen, daß dieses *Saysche* Theorem (Das Angebot schafft sich selbst seine Nachfrage) nicht stimmt. Und weil es nicht stimmt, gibt es eben die Gleichgewichtsstörungen in unserer Wirtschaft. Dagegen gäbe es in einer *Geldwirtschaft* eben keine Garantie, sagt der SVR. In der *heutigen* Geldwirtschaft müßte es heißen. Denn warum sollte es keine Geldtechnik geben, bei der die Geldeinkommen sofort wieder als Nachfrage auf dem Markt erscheinen? Schließlich ist doch die heutige Geldtechnik eine menschliche Einrichtung, die sich ohnehin laufend verändert hat – von der Kaurimuschel

über das Gold zum »ungedeckten« Papiergeld – und die man weiter modernisieren bzw. den wirtschaftlichen Erfordernissen anpassen kann. Und die man schließlich anpassen muß, wenn man Gleichgewichtsstörungen und Arbeitslosigkeit vermeiden will.

2.2 Warum eine »unvermeidliche Inflationsrate«?

Zur heutigen Geldtechnik gehört, daß die Bundesbank – wie die meisten Notenbanken in der Welt – immer eine mehr oder weniger hohe Inflationsrate praktiziert. Genau so gut hätte sie ein stabiles Geld praktizieren können, zumal ihr die Geldwertstabilität gesetzlich vorgeschrieben ist. Und warum hält sie sich nicht an das Gesetz? Weil die »sozialen Kosten« eines stabilen Geldes zu hoch seien, hat sie bisher darauf geantwortet. Sie befürchtet offenbar, daß die Geldeinkommen nicht gleich wieder als Nachfrage auf dem Markt erscheinen, wenn sie nicht mit ein bißchen Geldentwertung nachhilft. Wer wird schon Geld zurückhalten, wenn es laufend an Wert verliert?

Die Bundesbank ist mit dieser Politik mehr schlecht als recht gefahren, denn entweder war die Inflationsrate nicht hoch genug, um alle Geldeinkommen wieder auf den Markt zu treiben, oder sie war zu hoch geworden, so daß die Bundesbank die aufgeblähte (inflationierte) Geldmenge wieder dämpfen mußte, was dann prompt zur Dämpfung der Konjunktur führte. Der Stop-Politik folgte die Go-Politik und der Go-Politik wieder die Stop-Politik; eine Stabilitätspolitik – von der sie so oft spricht – hat sie bisher noch nie getrieben.¹

2.21 Das Problem des Geldumlaufs

»Aus Mißtrauen bringen sie den Güterverkehr ins Stocken, indem sie das Geld zu Hause sammeln, statt es zu gemeinem Nutzen wieder in Umlauf zu setzen; und so wird es knapp, auch wenn es reichlich vorhanden ist.«

Anonymus Yamblichii: 5. Jh. a. Chr.²

Das Problem des Geldumlaufs ist rund 2500 Jahre alt und mit der »unvermeidbaren« Inflationsrate doch recht unzureichend gelöst. »Das Begehren zur

¹ Die meisten Mitglieder des Zentralbankrats, des obersten Beschlußorgans der Bundesbank, fühlen sich vor allem als Bankiers für den »Zahlungsverkehr« und für die »Kreditversorgung der Wirtschaft« (BBkG § 3) verantwortlich – besonders in der Rezession –, sie übersehen dabei, daß die Kreditversorgung nur »mit dem Ziel, die Währung zu sichern« (BBkG § 3) erfolgen darf. Diese Aufgabe erfordert aber *Währungsfachleute*, die im Zentralbankrat noch immer eine Minderheit waren und somit leicht überstimmt werden konnten. Nach dem Eingeständnis von *Helmut Schlesinger*, dem Vizepräsidenten der Bundesbank, sind der Notenbankpolitik »in den meisten Industrieländern in der Vergangenheit schwerwiegende 'Kunstfehler' unterlaufen«, wobei er die Bundesbank keineswegs ausnahm (BBk-Auszüge aus Presseartikeln v. 10.12.82, S. 2).

² Gem. Peter I. *Hodina* in »Neue Ordnung«, Linz 1982/1/8. Zitiert aus *Iamblichos' »Protreptikos«* XX. Kapitel.

Sicherung der Deutschen Mark«¹ wurde 1951 lanciert und enthielt praktisch nur zwei Forderungen: einmal die Stabilisierung des Geldwertes (Indexwährung) und zum anderen: »Der stetige Umlauf der Deutschen Mark ist durch geeignete technische Mittel zu sichern.« Obgleich zum Komitee dieses Begehrens prominente Bundes- und Landtagsabgeordnete aller Parteien gehörten – unter ihnen der damalige Innenminister Dr. Dr. h.c. *Robert Lehr* und der heutige Ministerpräsident von Bayern –, blieb es praktisch ohne Wirkung.

Die meisten Politiker haben dieses Geldproblem weder gesehen noch begriffen, worum es dabei eigentlich ging. Darum soll hier noch einmal etwas ausführlicher darauf eingegangen werden.

Wieviele es von den vielzitierten Omis gibt, die ihr Geld im Strumpf oder unter der Matratze sparen, wieviele aus steuerlichen Gründen Geld zurückhalten und in den Haus- oder Banktresor legen (*Keynes* sprach von der Spekulationskasse), wieviel aus der Schattenwirtschaft nicht in die Banken zurückläuft und wieviel deutsches Bargeld im Ausland sein mag und damit dem inneren Geldumlauf entzogen wurde, das alles soll hier nicht näher untersucht werden, man kann es nicht annähernd schätzen. Die US-Notenbank stellte fest, daß von allen 100-Dollar-Scheinen nicht einmal jeder zehnte in der Wirtschaft zirkuliert, die meisten würden gehortet – trotz der laufenden Geldentwertung!²

Daß es sich bei diesen Geldern um ganz beträchtliche Beträge handeln muß, läßt sich daran erkennen, wie sich das Verhältnis von Sozialprodukt und Bargeldmenge – der sogenannten Umlaufgeschwindigkeit des Geldes – ändert. Bargeld, das seinem eigentlichen Zweck – den Umschlag von Gütern und Leistungen in Gang zu halten – entzogen wird, verursacht Stockungen im Geld-Güterkreislauf und damit Arbeitslosigkeit. Es braucht gar nicht untersucht zu werden, warum und weshalb – trotz »unvermeidbarer Inflationsrate« – Bargeld dem Verkehr entzogen wird. Es genügt zu berechnen, ob und wie sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (das heißt der Nutzungs- oder Wirkungsgrad des Geldes) geändert hat, was die Bundesbank laufend tut. Da die Bundesbank gegen solche Änderungen – Hortung und Enthortung von Bargeld – machtlos ist, jedenfalls mit der heutigen Geldtechnik, hat sie diese bei ihrer Geldmengenpolitik zu berücksichtigen.

Für den Geldfachmann sei hier angemerkt, daß sich die *statistisch berechnete* Umlaufgeschwindigkeit des Geldes immer auch dann ändert, wenn die Bundesbank selbst die Geldmenge verändert. Dieser Gesichtspunkt wurde

1 Die freiwirtschaftliche Schule in der Bundesrepublik startete 1951 »Das Begehren zur Sicherung der Deutschen Mark«. Dem »Komitee« gehörten vor allem Bundes- und Landtagsabgeordnete aller Parteien wie auch Professoren und Fabrikanten an.

2 Der Spiegel 1982/20/130.

hier zur besseren Verständlichkeit außer Acht gelassen, aber es darf wohl damit gerechnet werden, daß ihn die Bundesbankstatistiker beachten.

Es genügt hier festzuhalten, daß die Geldeinkommen nicht im gleichen Rhythmus auf dem Markt erscheinen, wie sie verdient wurden und daß daraus Gleichgewichtsstörungen entstehen – was der SVR richtig erkannt hat.

Wenn die Bundesbank sich nicht auf ein bestimmtes Geldmengen(vermehrungs)ziel festlegt, sondern sich einen »Zielkorridor« von 4 bis 7 % für dieses Jahr vorbehält, dann nur deswegen, um »einem gewissen Handlungsspielraum, um schwankenden Kassenshaltungsbedürfnissen der Wirtschaft Rechnung zu tragen«, das heißt aus »Rücksicht auf das in hohen (gehörteten! d. Verf.) Geldbeständen liegende Inflationspotential« (*Helmut Schlesinger*, Vizepräsident und Chefvolkswirt der Bundesbank).¹ Damit wird von maßgeblicher Seite bestätigt, daß trotz der Inflation große Bargeldbeträge dem Wirtschaftskreislauf entzogen werden – was ja vielfach bezweifelt wird.

2.22 Sprachkritik an der Bundesbank

Im Monatsbericht der Bundesbank Dezember 1982 heißt es S. 9: »Wie schon im Jahre 1982 so ist auch für 1983 damit zu rechnen, daß sich (? der Verf.) der 'Geldmantel' vorerst rascher ausweitet als das nominale Sozialprodukt.«

Hier wird die Verantwortung für die Ausweitung der Geldmenge »bemäntelt«, denn sie kann sich natürlich nicht selbst ausweiten, das kann nur ihre Schneiderin, die Bundesbank.

In einer Periode der Konjunkturschwäche, die in der Wirtschaft erfahrungsgemäß dazu tendiert, höhere 'Vorsichtskassenbestände' zu halten (im statistischen Ergebnis also die 'Umlaufgeschwindigkeit' des Geldes sinkt), erscheint ein temporär beschleunigtes Wachstum (? der Verf.) der Geldmenge vertretbar.«

Hier müßte es korrekt »beschleunigte Vermehrung« heißen, denn die Geldmenge *wächst* ja nicht wie ein Baum. Man sollte diese Sprachkritik nicht für kleinlich halten, denn »man merkt die Absicht, und man wird verstimmt«, würde *Goethe* dazu sagen. Die Bundesbank legt sonst – dankenswerter Weise – soviel Wert auf eine korrekte und verständliche Ausdrucksweise, so daß hier der Verdacht aufkommen muß, sie will die wahre Urheberschaft der Geldvermehrung – und damit für die Höhe der Inflationsraten! – möglichst undurchsichtig halten. Und wenn *Helmut Schlesinger* – am 15.11.82 im

¹ Dr. Drs.h.c. *Helmut Schlesinger*:

1. Die Geldmengenpolitik der Bundesbank, ZKW, Frankfurt, v. 1.1.1983.

2. Geldpolitik im Zeichen der Unsicherheit, BBK-Auszüge aus Presseartikeln 1982/108/1.

Deutschlandfunk – sagt: »Wir *haben* jetzt eine kräftige monetäre Expansion.«, so wäre es gewiß ehrlicher und informativer gewesen, wenn er gesagt hätte: »Wir *machen* jetzt eine kräftige monetäre Expansion.«

2.23 Neue Geldtechnik statt Inflationsbetrug

Die Bundesbank hat mit der laufenden Geldvermehrung die Geldmenge einem potentiell wachsenden Sozialprodukt anzupassen, damit der Geldwert möglichst stabil bleibt. Diese *Hauptaufgabe der Bundesbank* wird durchkreuzt, wenn Teile der Geldmenge überhaupt nicht umlaufen, das heißt zeitweise zurückgehalten werden können, was die Bundesbank mit einer schwankenden Dauerinflation («unvermeidbare Inflationsrate») zwar zu verhindern sucht, aber neuerdings ohne Erfolg. Die Bundesbank kommt somit nicht daran vorbei, sich eine technisch neue *Umlaufsicherung des Geldes* zuzulegen.

Eine technisch andere Umlaufsicherung des Geldes ist auch schon deswegen unerlässlich, weil eine Dauerinflation ein unverantwortlicher Dauerbetrug der (kleinen) Sparer ist. Es kann ja nicht bestritten werden, daß es sich hier wirklich um einen *Betrug* handelt; warum in aller Welt zwingt man die Bundesbank nicht – notfalls gerichtlich – zu einer neuen Geldtechnik?

Eine neue Geldtechnik muß sicherstellen, daß das gesamte Geldeinkommen auch wieder als Nachfrage auf dem Markt erscheint, daß das Geld tatsächlich umläuft. Mit dieser Forderung unterscheiden wir uns von den *Friedman*-Monetaristen, die sich um den *Geldumlauf* nicht kümmern, weil sie ihn für relativ konstant halten. Aber sowohl *Paul Volcker*, der Vorsitzende des Federal Reserve Board (der unserem Bundesbankpräsidenten entspricht)¹, wie auch *Henry Wallich*, Mitglied des Rats der Gouverneure des Zentralbanksystems (entspricht dem deutschen Zentralbankrat)², haben kürzlich ihren Kummer mit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zugegeben.

Mit Recht kritisiert auch *Wolfram Engels* dieserhalb die Monetaristen, wobei er aber nur die *Friedman*-Monetaristen gemeint haben kann. »So betrug die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (die eigentlich konstant sein müßte) im Herbst 1923 mehr als das Tausendfache von 1913. Im Jahre 1931 lag sie dann nur noch bei zwei Dritteln von 1929.«³ Da sind wir uns mit *Engels* einig. Aber welche Folgerungen zieht *Engels* denn nun aus seinen Feststellungen? Bisher ist kein Vorschlag von ihm bekannt geworden, wie man die verhängnisvolle Rolle der »Umlaufgeschwindigkeit des Geldes« in den Griff bekommen könnte.

1 FAZ v. 22.7.82.

2 Prof. Dr. Henry C. Wallich: Geldmengenpolitik bei sinkender Inflation, ZKW v. 1.1.83.

3 Cray, Capital 1982/10.

2.24 Wolfram Engels und der Monetarismus

Engels spricht von den »Rückzugsgefechten« des Monetarismus. Der Eindruck konnte nur entstehen, weil viele die *Reagonomics* und den *Thatcherismus* bereits für Monetarismus halten. Immerhin darf als Bestätigung des Monetarismus sicher gelten, daß die knappe Geldversorgung in der Bundesrepublik, den Vereinigten Staaten, England oder Chile in der letzten Zeit zu sinkenden Inflationsraten geführt hat. Denn unter Monetarismus versteht man doch zunächst nur, daß der *Geldwert von der Mengendosierung des Geldes abhängt* (Quantitätstheorie). Die eigentliche *monetaristische Ordnung* fängt aber doch erst beim stabilen Geldwert an, wenn ich *Friedman* richtig verstanden habe. Aber wo haben wir die schon? Darum konnte meines Erachtens die »monetaristische Hoffnung« auch nicht »enttäuscht« werden. Eine solche Ordnung hat es bisher immer nur für sehr kurze Zeit gegeben – 1968 hatten wir zum Beispiel eine relativ hohe Geldwertstabilität (Inflationsrate 1,6 %) und nahezu Vollbeschäftigung (Arbeitslosenquote 1,5 %) – und diese Zeiten sprechen eher für als gegen den Monetarismus.

Doch der »*konsequente Monetarismus*« (*Freiwirtschaft*), der neben der *Geldmenge* auch dem *Geldumlauf* einen hohen Rang einräumt, kann auf erfolgreiche Erfahrungen verweisen, wie man sie mit der Geldtechnik zur Zeit der Gotik (*Renovatio monetarum*)¹ oder auch beim *Freigeldversuch* vor genau 50 Jahren in Wörgl in Tirol² gemacht hat, während der Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre also.

Im Gegensatz zu den *Friedman*-Monetaristen gibt es für die *konsequenten* Monetaristen kein »Geldmengenziel«, wie das heute von vielen Notenbanken praktiziert wird, sondern nur das Ziel der *Geldwertstabilität*; dafür ist nicht nur die Steuerung der Geldmenge, sondern auch eine *konstante* »Umlaufgeschwindigkeit« des Geldes unerlässlich (Indexwährung).

Wenn *Engels* den Keynesianismus und den Monetarismus für »abgewirtschaftet« hält, so geben wir ihm den »guten Rat«, den er jetzt für teuer hält, es doch einmal mit dem »konsequenten Monetarismus« bzw. mit der Freiwirtschaft zu versuchen. Er ist zur Diskussion herzlich eingeladen.

1 *Karl Walker*: Das Geld in in der Geschichte, Lauf bei Nürnberg 1959.

2 1. *Fritz Schwarz*: Das Experiment von Wörgl, Bern 1951.

2. *Silvio Unterguggenberger*: der Schwundgeldversuch von Wörgl, Wien 1957, Manuskript (Dipl.-Arbeit).

Gleiches gilt für *Kurt Richebächer*, der kürzlich sagte: »Nachdem wir die Keynesianer glücklich los sind, haben wir jetzt die Monetaristen im Nacken. Ich finde sie mindestens so schlimm, freilich auf andere Art.«¹

Es scheint Mode geworden zu sein, den Monetarismus ad acta zu legen, bevor er irgendwo richtig zum Zuge kommen konnte, denn auch die Wirtschaftswoche (1983/4) schrieb: »Die monetaristische Geldpolitik hat ihre Aufgabe erfüllt. Angesichts von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit fällt der Abschied nicht schwer.« Hat das Nobel-Komitee mit *Milton Friedmann* den falschen Propheten erwischt?

2.25 Sinkende Inflationsraten bedeuten Arbeitslosigkeit

Seit 1982 praktiziert unsere Bundesbank angesichts des Arbeitslosenheeres wieder eine Go-Politik; sie will die Geldvermehrung (die Nachfrage) am oberen Rande ihres Zielkorridors halten. Natürlich wäre es besser gewesen, wenn die Bundesbank gleich zu Beginn der Rezession – oder noch etwas früher – wieder auf die Go-Politik umgeschaltet hätte. Doch das mochte sie nicht riskieren, weil sie damit die Inflationsrate, die immerhin rund 6 % betrug, nur noch weiter hinauf- und manche auf die (Geld-)Barrikaden getrieben hätte. Es blieb ihr also nichts weiter übrig, als zunächst ihre Stop-Politik weiter und die Arbeitslosenzahlen in die Höhe zu treiben.

Inzwischen haben sich in der Wirtschaft ganz neue Verhaltensweisen herausgebildet; man hat gelernt, mit den Inflationsraten umzugehen. Ob beim Lohn oder beim Zins, überall wird die zu erwartende Inflationsrate einkalkuliert. Die *Geldillusion* ist besonders bei jenen verfliegen, auf die es ankommt, bei den Investoren. Für sie wird es immer schwieriger, zum Inflationsgewinner zu werden, wie das lange Zeit nach dem Kriege möglich war. Man lieh sich gutes Geld und zahlte schlechtes zurück. So wurden manche Investitionen vorgenommen, die man normaler Weise nicht riskiert hätte; manche Kapazitäten sind da über das erforderliche Maß hinaus gewachsen.

Heute achtet der Geldgeber aber auf den Realzins (Nominalzins abzüglich Inflationsrate) und da wird dem Investor der Kredit oft zu teuer.

»Das konjunkturelle Stimulans der Inflation ist verbraucht« – stellte der SVR einmal fest (JG 1975/76 Ziff. 380). Das trifft sicher zu, wenn die Bundesbank eine Stop-Politik betreibt und allgemein ein Rückgang der Inflationsrate erwartet wird. Das aber bedeutet doch für den Investor, daß er schlechten Kredit mit gutem Geld zurückzahlen müßte, wenn man die jeweilige Inflationsrate in den Zins einkalkuliert. Wer will schon ein solches Risiko eingehen.

¹ »Der langfristige Kredit« Nov. 1982

Halten wir fest: Eine fallende Inflationsrate hat keine die Nachfrage nach Investitionskrediten stimulierende Wirkung mehr wie eine steigende Inflationsrate. Im Gegenteil: sie dämpft die Investitionslust genau wie fallende Preise (wie die Deflation). Das Ergebnis einer »erfolgreichen« restriktiven Geldpolitik – die Inflationsrate sinkt – ist immer eine steigende Zahl von Arbeitslosen, sofern die Geldillusion überwunden wurde. Da das im Investitionssektor weitgehend der Fall ist – insofern hat sich unsere Industriegesellschaft gewandelt –, kann man *mit der Geldpolitik keine Konjunkturpolitik mehr betreiben*.

2.26 Unsere Geldpraxis ist ein Skandal

Auch aus rein moralischem oder rechtlichem Grunde muß die heutige Geldpolitik geändert werden. Daß jede Inflation ein Betrug ist, haben selbst die Bundesbankpräsidenten *Blessing* und *Emminger* zugegeben, das dürfte auch sonst unbestritten sein. Gegen diesen Betrug könnte man sich leicht mit Wertesicherungsklauseln (Indexklauseln) absichern. Es ist doch geradezu ein Skandal, wenn das gesetzliche Verbot einer solchen Absicherung (WährG § 3) auch nach 30 Jahren Inflation immer noch gilt. Es ist ebenfalls ein Skandal, daß die in der »Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer« zusammengeschlossenen Banken- und Versicherungsverbände nichts gegen diese Paragraphen unternehmen, wie auch keine politische Partei bisher. Darf man den neuen »grünen« Abgeordneten zutrauen, daß sie hier Versäumtes nachholen?

Es wäre selbstverständlich besser, wenn man – statt Streichung des § 3 des Währungsgesetzes – die Stabilisierung des Geldwertes selbst betreiben würde. Aber das kann man nicht, solange man glaubt, mit einer »unvermeidbaren« Inflationsrate den Umlauf des Geldes – und damit die Konjunktur! – absichern zu müssen.

2.27 Der Notenbankier soll bei seinem Leisten bleiben

Es ist die ureigenste – und gesetzlich vorgeschriebene! – Aufgabe der Bundesbank, den Geldwert zu stabilisieren und stabil zu halten. Da der anerkannt beste Maßstab für die Geldwertstabilität der Lebenshaltungskostenindex ist – er wird monatlich festgestellt und seine prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr ergibt die Inflationsrate –, hat die Bundesbank dafür zu sorgen, daß sich dieser Index nicht verändert, das heißt, sie hat eine *Indexwährung* zu betreiben.

Rein geldtechnisch bedeutet das: die Bundesbank muß die Geldmenge – das heißt die Nachfrage – dem Angebot von Gütern und Dienstleistungen anpassen. Wenn ihr diese Anpassung heute kaum gelingt, so liegt das einfach daran:

»Das Einkommen muß (heute) nicht zu Nachfrage werden« (SVR). Im Gegensatz zum SVR begnügen wir uns nun aber nicht einfach mit dieser Feststellung, sondern fordern eine Geldtechnik, die das Einkommen sofort wieder zur Nachfrage zwingt (Umlaufsicherung des Geldes). Es gibt eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie das rein geldtechnisch zu machen ist. Zur Zeit der Gotik mußten die Münzen von Zeit zu Zeit gegen eine Gebühr (Schlagschatz) umgetauscht werden.

Dem Aufschrei: Nur keine Experimente mit dem Geld! wäre entgegenzuhalten: Daß Millionen von Arbeitslosen allemal Experimente rechtfertigen. Was ist denn die Stop- und Go-Politik der Bundesbank sonst als der Versuch, auf die Konjunktur bzw. auf die Arbeitslosigkeit einzuwirken? Obgleich ihr dieser Versuch immer wieder mißraten ist, darf sie ihn immer wiederholen. Wie lange noch?

»Die Geldpolitik muß lernen, nicht unbedingt die erste Geige im konjunkturellen Konzept spielen zu wollen. Zur aktiven Förderung des Wirtschaftswachstums hat sie sich als ungeeignet erwiesen. Selbst die Glättung der Konjunkturschwankungen ist häufig ins Gegenteil mißraten. Zu wenig wissen wir über die zeitliche Abfolge der Wirkungen geldpolitischer Maßnahmen, um eine Feinsteuerung der Wirtschaft mit Aussicht auf Erfolg versuchen zu können. So bleibt dem Notenbankleiter nur die Erkenntnis, daß letztlich auch er bei seinem Leisten zu bleiben und sich auf die Uraufgabe der Geldpolitik, die Sicherung der Preisstabilität, zu konzentrieren hat.« *Fritz Leutwiler*
Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank¹

Je mehr Arbeitslose es gibt, desto mehr wird der nächste Krieg vorbereitet. Haben wir vergessen, wohin die Arbeitslosigkeit der dreißiger Jahre geführt hat? Zum Nationalismus, zur Völkerverhetzung, zur Aufrüstung – dafür wurde das Geld mit Tricks (*Mefo-Wechsel*) zur Verfügung gestellt – und zum Krieg. Niemand bestreitet heute, daß die Deflationskrise der dreißiger Jahre von der *Geldtechnik* – durch die Verringerung der *Geldmenge* – verursacht worden ist. Von der *Geldtechnik* über die Arbeitslosigkeit zum Krieg führt ein direkter Weg.

War es damals die *Geldmenge*, deren Funktion man nicht erkannte, so ist es heute der *Geldumlauf*, dessen mangelhafte Funktion man zwar zugibt – Einkommen muß nicht zu Nachfrage werden (SVR) –, ohne die Konsequenz zu ziehen, das zu ändern.

¹ Vortrag in der Landeszentralbank in Berlin am 16.11.82 gem. BBk-Auszüge aus Presseartikeln 1982/101/1.

Leutwiler ist zuzustimmen, wenn er sagt, der Notenbankleiter soll bei seinem Leisten – der Geldwertstabilität – bleiben. Er hat aber nicht nur auf die Geldmenge zu achten, sondern auch darauf, daß das Einkommen restlos wieder zu Nachfrage wird, damit keine Wirtschaftsstockung bzw. Arbeitslosigkeit entsteht.

3 *Hans-Jürgen Krupp*: Wir brauchen einen Nachfrageanstoß

Es muß mehr Nachfrage, mehr Geld auf den Markt getrieben werden, damit er geräumt wird und Platz macht für neue Produktionen, darin sind sich alle einig.

Mit Professor *Hans-Jürgen Krupp* hat die »Mehrheit« des SVR eine neue »Minderheit« erhalten (auch bei diesem *Fachgelehrten*gremium soll die »politische« Ausgewogenheit gewahrt bleiben). *Krupp* war wirtschaftspolitischer Berater des Kanzlerkandidaten der SPD, ist seit 1979 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, (DIW); ihm stehen somit wissenschaftliche Hilfstruppen zur Verfügung, womit er der »Mehrheit« des SVR mit seinem großen wissenschaftlichen Stab schon Paroli bieten kann.

Krupp hat richtig erkannt, daß die Nachfrage (also die Geldseite) in der Marktwirtschaft entscheidend ist. Und zur Zeit hätten wir eine *Nachfrage-lücke*, zu geringe Massenkaufkraft. Wofür sollten auch die Unternehmen investieren, wenn die Nachfrage fehlt, sagt *Krupp*.¹ Wir brauchen also einen *Nachfrage-Anstoß*, »und der kommt nicht vom Himmel«. Er macht der Finanzpolitik den Vorwurf, daß sie die Nachfragemücke nicht geschlossen habe. Andererseits möchte er aber auch nicht als Anti-Marktwirtschaftler gelten; er sagt an anderer Stelle², es gehe ja nicht um große Sonderprogramme, sondern nur »um eine verstetigte, am Wachstum orientierte Nachfrage- und Angebotspolitik«, um eine »gemischte Strategie«.

Krupp stellt sich nicht die Frage, wie es denn überhaupt zu einer Nachfragemücke kommen konnte. *Die Summe der Einkommen, die für Leistungen an den Markt bezahlt wird, muß ja ausreichen, um den Markt auch wieder zu räumen*. Wenn wir trotzdem eine Nachfragemücke haben, dann liegt es eben daran, daß Einkommen nicht zu Nachfrage werden muß, was der SVR in seinem vorigen Gutachten festgestellt hat, an dem *Krupp* noch nicht mitgearbeitet hatte. Unter Beachtung dieser nicht zu bestreitenden Feststellung würde es dann aber doch genügen, die zurückgehaltene Nachfrage bzw. das zurückgehaltene Geld wieder auf den Markt zu treiben! Und wenn dafür die Zinsen

1 Der Spiegel 1983/7/40.

2 *Krupp*: Perspektiven der Arbeitsmarktentwicklung in den achtziger Jahren, in »aus Politik und Zeitgeschichte« – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 38/82 v. 25.9.1982.

oder eine Investitionszulage als Lockmittel noch nicht ausreichen und auch die Einschüchterung mit einer »unvermeidbaren« Inflationsrate noch nicht, dann muß man sich schon eine andere Strafandrohung dafür suchen, wenn das öffentliche Verkehrsmittel Geld von privater Seite zurückgehalten wird. Man nimmt ja auch ein Standgeld für Güterwaggons für die Zeit, in der sie – durch Nicht-Entladen oder Nicht-Beladen – dem Verkehr entzogen werden; und notfalls erhöht man eben dieses Standgeld, bis alle Güterwaggons wieder rollen und ihren eigentlichen Zweck erfüllen.

Wie der Güterwaggon darf auch das Verkehrsmittel Geld nicht als Eigentum der Nutzer betrachtet werden. Wer es zeitweilig nicht braucht, soll es zur Bank bringen, damit keine *Nachfrangelücke* im Wirtschaftskreislauf entsteht. Denn diese Nachfrangelücke – und das bestreitet ja niemand – verursacht Arbeitslosigkeit.

Bevor man die Finanzpolitik einschaltet und damit die Marktregelung ausschaltet, sollte man es mit einer anderen Geldtechnik versuchen, wie sie oben dargelegt wurde. Man würde damit auch das Weiterwuchern der Staatsbürokratie verhindern.

Als *Krupp* noch Aussicht hatte, Wirtschaftsminister zu werden, baute er schon vor: er erwarte für die 80er Jahre eher noch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Damit hat er zugegeben, auch er weiß keinen Weg, sie zu beseitigen. Aber darauf kommt es heute doch vor allem an, nicht nur auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit. (Diese Ehrlichkeit ehrt ihn. Aber was hilft ein solcher Mann als neuer Berater im SVR oder gar als Minister?) Grundsätzlich unterscheidet sich die neue »Minderheit« im SVR mit ihrer »gemischten Strategie« in keiner Weise von dessen alter »Mehrheit«.

4 Wenn der Wohnungsmarkt »verrückt spielt«

Wohin es führt, wenn man marktwirtschaftliche Regelungen einschränkt, das zeigt der Wohnungsmarkt. Viele alte Mietshäuser, die an sich kostengünstig zu modernisieren gewesen wären, wurden abgebrochen, denn es gab nur für neue Mietshäuser staatliche Subventionen, nicht für Renovierungen. So wurden aus relativ billigen teure Mietswohnungen gemacht. So sorgte der Staat dafür, daß jetzt billige Wohnungen fehlen. Man sah den Fehler ein und führte die Abschreibungsvergünstigung des § 7 b auch für Altbauten und Subventionen für Modernisierungen ein. Das bedeutet aber doch Steuern sparen und Geld vom Staat für jene, die es eigentlich gar nicht nötig haben. In den alten »Sozialwohnungen« – 1 % Zins für öffentliche Darlehen – wohnen heute ja nicht gerade die sozial Schwachen, und die neuen »Sozialwohnungen« können nicht einmal die sozial Schwachen bezahlen. Die Mietgesetzgebung hielt

die Versicherungsgesellschaften und jene Sparer, die ihr Geld gerne im Wohnungsbau anlegen würden (weil das Risiko – anders als bei Börsenpapieren – leicht überschaubar ist), vom Wohnungsbau ab, weil jetzt auch die vielen Einschränkungen den Markt unüberschaubar und unrentabel machten.

Die Menschen werden sich doch auf dem Automarkt oder auf dem Waschmaschinenmarkt immer handelseinig, warum sollten sie sich nicht auch auf dem Mietwohnungsmarkt handelseinig werden? Man wende nicht ein, im Gegensatz zu diesen Märkten sei das Angebot auf dem Wohnungsmarkt knapp. Niemand weiß nach Ausschaltung des Marktes wie das Angebot-Nachfrageverhältnis hier wirklich aussieht, solange man hier hineininterweniert.

»Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind allein 50 % aller Haushalte (gut 11 Millionen Familien) zum Bezug der besonders verbilligten Sozialwohnung berechtigt. Nach den Richtlinien für etwas geringer geförderte Wohnungen durch den Staat sind sogar 70 % aller Haushalte anspruchsberechtigt (fast 16 Millionen Familien).¹ Daraus ergibt sich:

- Nur ein Bruchteil der Anspruchsberechtigten kann eine staatlich geförderte Wohnung bekommen, es herrscht also das Lotterieprinzip.
- Was sind wir für ein armes Volk. Es reicht den meisten gerade noch zum Kauf und zur Unterhaltung eines Autos – zum Marktpreis! – (das kostet genau so viel wie eine Wohnung), für eine Wohnung reicht es dann nicht mehr, da muß Vater Staat helfen.

Muß der Wohnungseigentümer seine Wohnung unter dem Marktpreis vermieten, damit der Mieter ein Auto fahren kann? Und wenn die Wohnung seine gesparte Altersversorgung darstellt, muß er jetzt seinen Gürtel enger schnallen, damit sein Mieter Auto fahren kann!

Wenn man bedenkt, daß es doch die marktwirtschaftliche Ordnung war, die uns den Aufbau nach dem Kriege ermöglichte, sollte sie gerade auf dem Mietswohnungsmarkt versagt haben? Und warum? Bei der »unvermeidbaren« Geldentwertung hätte man sicher gerne in den Wohnungsbau investiert – immer noch eine der risikolosesten Anlagen –, hätte der »fürsorgliche« Staat seine Finger aus dem Markt gelassen. Ein größeres Wohnungsangebot hätte gewiß zu erträglichen Marktmieten geführt, genau so, wie auch die Marktpreise des Autos, der Waschmaschine oder der Urlaubsreise als durchaus erträglich angesehen werden.

¹ Zitiert von *Renate Merklein*: Der Griff in die eigene Tasche, *Der Spiegel* 1980/25/71.

4.1 Neue Herren mit altem Konzept

Die neue Regierungskoalition hat nicht zuletzt deswegen die Mehrheit erhalten, weil der Wähler glaubte, daß sie mehr von der Marktwirtschaft versteht als die alte Koalition. Denn wer dachte dabei nicht an *Ludwig Erhard*, als es hieß, den Aufschwung wählen. Nach dem Regierungsantritt wird allerdings von der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht mehr gesprochen. Im Gegenteil, man macht weiter im alten Trott der staatlichen Intervention in die Wirtschaft. Beschlossen wurde das noch von der alten Koalition aufgelegte Investitionshilfegesetz: 2,5 Mrd DM sollen eingesammelt werden für die »Förderung des Wohnungsbaus«. Da gibt es nun den »1. Förderweg« für den alten so arg mißratenen »sozialen Wohnungsbau« und den »2. Förderweg« zur Förderung von »Eigentumsmaßnahmen«; und 3. gibt es das »Programm zur Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen«. Mit der kostenlosen Verteilung solcher Wohnungsbau-Lotterielose – die natürlich nicht der bekommen kann, der ohnehin nichts hat – würden »rund 140 000 bis 200 000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gesichert«. ¹ – Wenn man das Geld so auf den Baumarkt treibt, dann treibt man dort auch wieder die Preise in die Höhe, so daß ein Teil davon – nicht von den Bauwilligen – von den Unternehmungen kassiert wird. Und jene Bauwilligen, die kein Wohnungsbaulotterielos abbekommen haben, sind dabei wieder die Dummen. Die soziale Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke.

Dabei hatte der SVR treffend festgestellt: »Nur eine marktwirtschaftliche Reform kann aus der Misere herausführen.« (SG 82) Denn der Wohnungsbau sei doch zu einem Beispiel wirtschaftspolitischer Fehler geworden. Selbst die »Minderheit« des SVRs, *Krupp*, gibt zu bedenken: »Investitionen fördern, heißt immer Geld ausgeben, das in erster Runde vor allem den Besserverdienenden zugute kommt.« (SG 52) – Aber er sagt an anderer Stelle auch: »Eine massive Investitionsförderung ist für die nächsten Jahre notwendig, selbst wenn hierbei problematische Verteilungseffekte in Kauf genommen werden müssen.« ²

Das kommt eben dabei heraus, wenn man zwar für mehr Staatsplanung ist, aber dabei auf marktwirtschaftliche Energie und Dynamik doch nicht ganz verzichten möchte. Wenn die neuen Bonner Herren wirklich soviel Marktwirtschaftler (gewesen) wären, wie sie immer angaben, dann hätten sie die gesamte Wohnungswirtschaft dem marktwirtschaftlichen Regelmechanismus überantwortet, so wie *Ludwig Erhard* seiner Zeit mit einem Federstrich – Aufhebung der Bewirtschaftung – die gesamte Wirtschaft dem Markt überließ.

1 Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 17.12.82: Maßnahmen der Bundesregierung zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung, S. 6.

2 *Krupp* a.a.O., S. 12.

Und wer nun kein Geld für die Marktmiete gehabt hätte? Dem hätte der Staat ja helfen können, was gewiß billiger und »sozial gerechter« gewesen wäre, als »problematische Verteilungseffekte« in Kauf zu nehmen. Gilt es doch heute als Ärgernis, daß wohlhabende Leute in Häusern wohnen, die mit Staatsdarlehen gebaut wurden, die mit 1 % Zins abgestottert werden dürfen, auch als der Marktzins auf rund 10 % angestiegen war.

Wenn der Staat nun unbedingt etwas für den Wohnungsbau tun will, dann könnte er das billiger haben, indem er zunächst einmal die Baubürokratie vermindert. Aber davon hört man nichts. Wer zum Beispiel 1980 bauen wollte, aber wegen der baubürokratischen Verzögerung erst 1981 zum Zuge kam, verlor rund 10 Prozent seiner Bausumme, weil die Baupreise um mehr als 10 Prozent gestiegen waren. Und wenn der Bauherr die Zinsen für einen um 20 bis 25 Tsd DM höheren Kredit nicht aufbringen konnte, dann waren seine Baupläne nichts mehr wert. – Würde unter einer Angebotspolitik, die der SVR empfiehlt, vor allem die Beseitigung von bürokratischen Hemmnissen der Wirtschaft verstanden – und nicht auch eine Subventionspolitik –, dann wäre sie sehr zu begrüßen.

5 Zum (wirtschaftspolitischen) Bauherrenmodell des SVRs

Der SVR erläutert Grundfragen der Stabilitäts- und Wachstumspolitik mit einem eigens dafür ersonnenen »Bauherren-Modell« (284–300). Vorgeführt wird ein potentieller Bauherr, dem aber das Bauen noch zu teuer ist und der darum lieber in seiner womöglich preisgünstigen Sozialwohnung bleibt. Und nun wird hin- und herüberlegt: wie bringt man den Mann zum Bauen? Was spricht für und was gegen wirtschaftspolitische Maßnahmen in der augenblicklichen Situation und überhaupt.

14 verschiedene Möglichkeiten werden untersucht, aber Einigkeit konnte darüber im SVR nicht erzielt werden. *Krupp* wandte gewiß mit Recht ein, daß man das Zusammenspiel der verschiedenen Wirkungsstränge nicht im Blick behalten könne. Nein, selbst ein Computer wäre meines Erachtens dazu nicht einmal in der Lage, zumal die Vernetzung wirtschaftlicher Vorgänge noch wesentlich vielfältiger ist als ein Schachspiel.

Krupp setzt auf die »Gestaltung der realen Vorgänge« durch die Wirtschaftspolitik, genauer: durch die Finanz- und Geldpolitik (299–300). Eigenartigerweise glaubt er nun aber, die Folgen dieser Eingriffe in die Wirtschaft besser übersehen zu können. Immerhin urteilen seine Kollegen vom DIW über die Wohnungsgesetze: »Den Intentionen stehen zum Teil sehr gegensätzliche Folgen gegenüber.«¹

¹ Der Spiegel v. 17.1.1983, S. 44.

5.1 Die »Rentabilitätslücke«

Das Bauherren-Modell des SVR geht von den beiden Maximen aus:

- »Zu hohe Forderungen an das Verteilbare verhindern, daß das Verteilbare überhaupt entsteht.« (284)
- »Einkommensvorstellungen und Ansprüche an den Staat müssen auf das zurückgenommen werden, was der Markt unter den veränderten Bedingungen dauerhaft hergibt, um die *Rentabilitätslücke* zu schließen.« (284)

An anderer Stelle sagte der SVR schon (58*), der Hintergrund für seine Angebotspolitik sei eigentlich *allein die mangelnde Rentabilität*; dem hätten sich die Löhne und der Staat unterzuordnen. Warum zuerst der Zins kommt, untersucht er nicht; die Zinswirkungen seien empirisch schwer erfaßbar (SG 48). Das statistische Konglomerat »Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen« macht es unmöglich, zwischen dem *Unternehmerlohn* (Unternehmergewinn) und dem *Kapitalertrag* (Zins) zu differenzieren.

Für *Krupp* ist der Zins nur insoweit angreifbar, als für seine Höhe – neben dem Staatskredit und dem internationalen Zinszusammenhang – die »sehr einseitige Geldpolitik« der Bundesbank eine Rolle spielt.¹

In einem Gespräch mit *Krupp* vertrat *Gerhard Fels*² die Meinung der »Mehrheit« des SVR, dem er bis zum vorletzten Gutachten selbst angehörte. *Noch in diesem Jahr wird er deshalb – seine Meinung verträgt sich gut mit der Industrie – die Leitung des von der Industrie finanzierten Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln übernehmen; zur Zeit ist er noch Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Fels sagt: »Die Leute, die Investitionen tätigen, die was riskieren, die ihr Vermögen einsetzen, dürfen nicht allzu stark besteuert werden – sonst investieren sie nicht.«* Doch der Wissenschaftler verschweigt auch nicht die Kehrseite der Medaille: »Problematisch ist dabei freilich die *Tendenz der Vermögenskonzentration*.« Und wie der SVR schon seit langem vorschlägt: »Deshalb müßte man im Rahmen der Tarifpolitik mehr für eine Gewinn- und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer tun, um keine *Verwerfung der Vermögensverteilung* entstehen zu lassen.«³ Erst der letzte Satz macht deutlich, worum es hier eigentlich geht und was *Fels* nur indirekt auszudrücken wagt. Natürlich kann man nicht dadurch Millionär werden, daß man steuerlich moderat behandelt wird. Die Tendenz zur Vermögenskonzentration ergibt sich vielmehr aus dem *exponentiellen Wachstum* der großen Vermögen durch den Kapitalertrag, durch den Zins.

1 *Krupp* a.a.O., S.12.

2 Prof. Dr. Gerhard Fels

3 *Der Spiegel* 1983/7/40.

Bevor der Gewinn in einem Unternehmen festgestellt werden kann, das heißt der Unternehmerlohn, muß die Verzinsung des Fremdkapitals (und auch die des Eigenkapitals) sichergestellt sein. Um es zu wiederholen: Nur die Verzinsung der Vermögen führt zu ihrem exponentiellen (der Zinsertrag wird neu investiert und trägt wieder Zinsen) Wachstum.

Man kann die Bedeutung dieser schlichten Feststellung aber erst ermessen, wenn man sich darüber klar wird, daß das exponentielle Wachstum der Vermögen durch Zins und Zinseszins die Unternehmen zwingt, auch die Produktion nun exponentiell wachsen zu lassen, damit das Kapital immer pünktlich »bedient« werden kann. Und wenn diese »Bedienung« nachläßt – das nennt der SVR: Rentabilitätslücke –; weil die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft soviel Kapital auf den Markt bringt, daß der Kapitalzins sinkt? Dann werden so manche Kapitalerträge nicht neu investiert. Das sei immer dann der Fall, sagt *Keynes*, wenn der reale Kapitalzins unter 2 bis 3 Prozent absinkt. Die Folge ist Rezession und Krise, ist Arbeitslosigkeit.

Es ergeben sich aus der vom Zins abhängigen Wirtschaft also zwei Probleme, die gelöst werden müssen:

- die Krisenanfälligkeit bzw. die Arbeitslosigkeit und
- die Tendenz zur Vermögenskonzentration.

Die Arbeitslosigkeit ist heute das Hauptproblem. Viele Vorschläge zur Verringerung der Arbeitslosigkeit verstärken aber nur die Vermögenskonzentration (durch Schließen der Rentabilitätslücke). Durch eine Modernisierung der Geldtechnik – Umlaufsicherung des Geldes, wie oben dargelegt – wird nicht nur die Arbeitslosigkeit ohne Eingriffe in den Marktmechanismus verringert, sondern auch die Vermögenskonzentration.

Denn mit dem abgesicherten Umlauf des Geldes muß nun auch jener Teil des Einkommens auf dem Markt erscheinen, der für den Lebensunterhalt nicht sofort benötigt und darum gespart wird; nach der Umstellung der Geldtechnik bedeutet Sparen zwangsläufig Investieren – und zwar *ohne Rücksicht auf die Rentabilität*. Das war bisher nicht der Fall. Beim Nachlassen der Investitionen setzt die Rezession ein, dieses Nachlassen muß also verhindert werden, wenn wir die Rezession verhindern wollen. Und wenn wir sie bereits haben, kann nur an dieser Stelle die Konjunktur wieder in Gang kommen. Das war auch bisher schon so, jeder Aufschwung setzte mit der zunehmenden Nachfrage nach Investitionsgütern ein bzw. mit der Erwartung einer zunehmenden Rentabilität für Investitionen. Dann stellten sich auch die Vermögenseinkommen, die Kapitalerträge, die Zinseinkommen wieder für Neuinvestitionen zur Verfügung. Der Bedarf an Verbrauchs- und Gebrauchsgütern ist bei den Beziehern größerer Zinseinkommen ja meist mehr als gedeckt.

Wenn man bedenkt, daß der Anteil des Zinses an der heutigen Wohnungsmiete rund 70 Prozent beträgt, dann können und müssen die Mieten bei sinkendem Kapitalzins ganz erheblich sinken. Und beim Fortfall des Kapitalzinses auf rund ein Drittel ihrer heutigen Höhe? Nein, das ist keine Utopie, sondern eine nachprüfbare Rechenaufgabe. – Wenn die Geldtechnik dafür sorgt, daß das gesamte Einkommen – auch die Ersparnisse! – wieder als Nachfrage auf dem Markt erscheinen – die Ersparnisse für die Investitionen! –, dann ist die Tendenz zum sinkenden Kapitalzins überhaupt nicht aufzuhalten. Dann ist es auch keine Utopie mehr, daß der Zins für relativ risikolose Investitionen, wie den Wohnungsbau, auf Null sinkt. Das ist die *marktwirtschaftliche Lösung des Wohnungsproblems*. Der Staat hätte weiter nichts zu tun, als sich nicht mehr um den Wohnungsmarkt zu kümmern.

»Einer der ersten Hirtenbriefe zur sozialen Frage, den ich kenne, ist 1845 in Frankreich vom Kardinal *Giraud von Cambrai* veröffentlicht worden. Dort steht der Satz: Die Kirche lehnt »die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen« ab – ein Ausdruck, der keineswegs von *Karl Marx* stammt.

In demselben Sinne hat das Zweite Vatikanische Konzil gesagt, daß »die Ordnung der wirtschaftlichen Dinge der Ordnung der Person dienstbar werden muß und nicht umgekehrt«. Dazu kommt die weitere Aussage, daß die Wirtschaft einen Sinn haben muß, und daß dieser Sinn die menschenwürdige Deckung des Bedarfs an Gütern und Diensten ist – *und nicht die Rentabilität*.«
Kardinal *Höffner*, Erzbischof von Köln

Es hat wenig Sinn, über die Berechtigung des Zinses als »arbeitsloses Einkommen« zu moralisieren, wenn die Wirtschaft ohne Zins schlechter läuft als mit ihm. Die Zinsverbote der Religionen blieben deshalb praktisch ohne Wirkung, notfalls werden sie – wie im Iran – umgangen, indem man für Zins ein anderes Wort, zum Beispiel Gewinnbeteiligung, verwendet. Tatsächlich ist bei der zweieinhalbtausend Jahre alten Geldtechnik eine arbeitsteilige Wirtschaft ohne Zins nicht vorstellbar. Nur bei angemessener Verzinsung stellen sich die Ersparnisse für Investitionen zur Verfügung. Und die Investitionen sind der Schlüssel zum Fortschritt.

Doch sobald wir die alte Geldtechnik ändern – sie ist wie jede Technik ja eine rein menschliche Erfindung –, kann die Wirtschaft auch bei sinkendem oder gar absterbendem Zins weiterlaufen. Also ändern wir endlich die Geldtechnik.

Rückblick auf den internationalen wirtschafts- politischen Kongreß der Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung

- INWO - vom 12.-15. Mai 1983 in Wörgl/Tirol*

- *Das Experiment von Wörgl* -

Zum 99. Geburtstag von Altbürgermeister Michael Unterguggenberger
von Hans Bramböck

Am 15. August nächsten Jahres wäre der im Jahre 1884 in Hopfgarten geborene Wörgler Altbürgermeister Michael *Unterguggenberger* 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß soll eines Mannes erinnert werden, der zu einer Art Weltberühmtheit aufgestiegen ist. Aus eher ärmlichen Familienverhältnissen stammend, wuchs er mit mehreren Geschwistern in seinem Geburtsort auf und mußte schon mit 12 Jahren in einem Sägewerk arbeiten. Sein Wunsch war, ein Handwerk zu erlernen. Mit 15 Jahren zog er nach Imst und trat dort bei einem Mechanikermeister die Lehre an. Das damals zu entrichtende Lehrgeld brachte er selbst auf. Er biß sich durch und begab sich, als er Geselle geworden war, im großen Bereich der Monarchie auf eine weite Handwerksburschenreise vom Bodensee bis zur rumänischen Grenze und Galizien. In Liegnitz, Schlesien, wo er längere Zeit verblieb, lernte er erstmals organisatorische Formen der Arbeitervertretung kennen und trat dem Metallarbeiterverband als Mitglied bei. Als er schließlich in die Heimat zurückkehrte, war Unterguggenberger, der »die Welt« mit offenen Augen durchwandert und viele Menschen kennengelernt hatte, bereits mit reicher Lebenserfahrung ausgestattet. Im Jahre 1905 gelang ihm die Aufnahme in den Personalstand der österreichischen Staatsbahnen. So wurde Wörgl sein beruflicher und privater Wohnsitz.

Sein Weg in die Politik

Der kritisch-rege Geist des jungen Eisenbahners fand bald allseits Beachtung und vor allem das Vertrauen seines Berufsstandes. Im Jahre 1912 wurde Unterguggenberger in die Personalkommission der österreichischen Staatsbahnen berufen, wo er die Gruppe »Diener im Lokomotivfahrdienste des Direktionsbezirktes Innsbruck« zu vertreten hatte. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg war er ein anerkannter »Eisenbahnführer« und bewies sein organisatorisches Talent auch dadurch, daß er die Mitgliederzahl der von ihm angeführten freigewerkschaftlichen Ortsgruppe Wörgl in kurzer Zeit von 100 auf 800 steigern konnte. In der Marktgemeinde Wörgl vertrat er die Sozialde-

*Nachdruckerlaubnis nachfolgender Artikel und Ansprachen durch die Kongreßleitung Wörgl.

mokraten bald als Vizebürgermeister. Schon im Jahre 1928 hätte er die Chance gehabt, Bürgermeister zu werden: Anlässlich der durchgeführten Gemeinderatswahlen hatten die Sozialdemokraten 1083 Stimmen und 12 Mandate und die sechs gekoppelten Listen der bürgerlichen Seite 1135 Stimmen und ebenfalls 12 Mandate erreicht. Das Los entschied für den Kaufmann Josef Gollner. Drei Jahre später, am 12. Dezember 1931, entschied das Los gegenteilig. Der neue Bürgermeister hieß Michael Unterguggenberger. Er stand mit 47 Lebensjahren zweifellos in einem günstigen Alter, um die Dinge aus dem richtigen Abstand beurteilen zu können. Man schätzte den gescheiten Mann, der auch sehr gesellig sein konnte und die Musik liebte (er spielte in jüngeren Jahren Flöte, Trompete, Zither und andere Instrumente). Nach der Wahl zum Bürgermeister ließ er sich als Bundesbahnrevident in den Ruhestand versetzen. Die wichtige Position eines Gemeindeoberhauptes und noch mehr die wirtschaftliche, soziale und politische Krisenzeit erforderte seinen ganzen Einsatz. Seine wohl schwerste Belastungsprobe hatte er in den kritischen Tagen des Februaraufstandes – und speziell am 13. Februar 1934 – zu bestehen, als er mit seiner ganzen Überzeugungskraft ein Blutvergießen vermeiden wollte, wobei er mit allen gutwilligen Kräften zusammenarbeitete. Es war ihm ein großer Verdruß, daß radikale Elemente seiner Partei nicht auf ihn, den Bürgermeister, hören wollten. Michael Unterguggenberger unterschied sich sehr wesentlich von der damals üblichen Argumentation der Sozialdemokraten. Parteipolitik entsprach auf verschiedenen Gebieten nicht den Vorstellungen des geradlinigen Mannes, der immer und überall nach echter Wahrheit und besseren Lösungen suchte.

»Die Tat von Wörgl«

Unter diesem Titel ist eine Initiative in die Welt- und Fachliteratur eingegangen, die in Europa und Amerika, ja sogar in Japan, immer noch und immer wieder diskutiert wird. Man spricht in hochqualifizierten Fachkreisen vom »Beispiel von Wörgl«, und es gibt eine Reihe von wissenschaftlichen Abhandlungen, in denen das »Experiment von Wörgl« durchwegs sehr positiv als *das* gelungene Beispiel einer besseren Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik erwähnt wird. Und immer wieder lautet die Frage: »Was wäre, wenn ..., was wäre, wenn die vom Wörgler Bürgermeister Michael Unterguggenberger praktizierte Idee vom »Schwundgeld«*, womit in der Notzeit des Jahres 1932 innerhalb eines halben Jahres ein geradezu verblüffender Erfolg erzielt werden konnte, die allgemeine Nachahmung gefunden hätte? Die Antwort muß offenbleiben, weil die Wörgler Aktion schon nach einem Jahr auf Grund höchstinstanzlicher Entscheidung abgewürgt wurde und auch anderswo, das heißt in anderen Staaten, keine solche Initiative auf längere Dauer haltbar war. Die Macht und der Einfluß der »internationalen Hochfinanz« waren zu stark, und

*Siehe Fußnote »Schwundgeld« Seite 14.

im nationalen Bereich genügte es, daß sich die Nationalbank auf ihr Bankmonopol berief. Damit konnte jedoch die Überzeugung namhafter Experten nicht aus der Welt geschafft werden, daß mit dem »Experiment von Wörgl« die Rettung Österreichs vor dem politischen und nationalen Untergang, ja sogar die Verhinderung des Zweiten Weltkrieges verbunden gewesen wäre.

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit

Als im Jahre 1929, von Amerika ausgehend, die große Weltwirtschaftskrise ausbrach, erreichte sie in zunehmendem Maße auch Österreich, den »Rest« der in einem verlorenen Krieg zerschlagenen Monarchie. Im Jahre 1932 waren allein im Raum Wörgl-Kirchbichl über 1500 Arbeitslose. Sie erhielten eine zeitlang eine magere Unterstützung und wurden dann ganz ausgesteuert. Große Betriebe wurden der Reihe nach geschlossen. Den Gemeinden erwuchsen riesige Soziallasten, die sie nicht mehr tragen konnten, weil auch die Steuereingänge ausblieben. Weil die Gemeinden gegenüber Land und Bund immer mehr in Verzug kamen, erflossen von dort umso weniger Ertragsanteile. So war die Gemeinde Wörgl anfangs des Jahres 1932 nicht mehr imstande, einen Jahresvoranschlag zu erstellen. Es war wie ein Teufelskreis: Die Arbeiterschaft verdiente kaum mehr als den allernotwendigsten Lebensunterhalt; die örtliche Volkswirtschaft lag mangels Einnahmen darnieder und war zur Steuerleistung unfähig; die Gemeinden konnten wegen der fehlenden Steuereingänge ihren sozialen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Es fehlte an Zahlungsmitteln. Teilweise erfolgte der Tausch Leistung gegen Ware oder umgekehrt, doch viele Familien hatten, weil mit der Arbeit auch der Verdienst ausblieb, nichts mehr einzutauschen. Der allgemeine Ruf und die Forderung der Bevölkerung hießen daher: Arbeit und Brot!

Der Ausweg

Die Marktgemeinde Wörgl hatte zur Linderung der ärgsten Not sowie Steuerung der Maßnahmen einen Wohlfahrtsausschuß eingerichtet, vor dem Bürgermeister Michael Unterguggenberger am 5. Juli 1932 sein »Nothilfe-Programm« im Sinne der Lehre von Silvio Gesell (1862-1930), der ihn mit seiner Theorie über die »natürliche Wirtschaftsordnung« voll überzeugt hatte, erläuterte: »Langsamer Geldumlauf ist die Hauptursache der bestehenden Wirtschaftslähmung. Das Geld als Tauschmittel entgleitet immer mehr den Händen der schaffenden Menschen. Es versickert in den Zinskanälen und sammelt sich in den Händen weniger Menschen, die das Geld nicht mehr dem Warenmarkt zuführen, sondern als Spekulationsmittel zurückhalten. Da das Geld das unentbehrliche Rad in der Produktionsmaschine ist, bedeutet die Ansammlung von großen Summen in wenigen Händen eine ungeheure Gefahr für den ungestörten Produktionsbetrieb. Jede Geldstauung bedeutet Waren-

stauung und Arbeitslosigkeit. Unsicherheit in den Wirtschaftsverhältnissen macht den Geldbesitzer ängstlich, er gibt das Geld nicht mehr oder sehr ungern aus der Hand, er mißtraut jeder Geldanlage, der Geldumlauf verlangsammt, der Gesamtumsatz an Ware und Leistung schrumpft ein und der Lebensraum der Menschen im Wirtschaftsgetriebe schwindet. Bleibt es in der bestehenden Form, lähmt es die Ernährung des Volkes, Friede und Wohlstand werden zerstört. Ganze Völker und Staaten werden dadurch vom Untergang bedroht. Da von hier aus die Welt von dieser Gefahr nicht befreit werden kann, wollen wir wenigstens ein Zeichen geben ...«

Der Welt ein Zeichen geben

Anlässlich der Gemeinderatssitzung am 8. Juli 1932 beschloß dann der Gemeinderat der Marktgemeinde Wörgl einstimmig die Herausgabe von »Arbeitswertscheinen« mit drei Nennwerten – 1, 5 und 10 Schilling – wobei man sich vom Bürgermeister überzeugen ließ, daß mit diesen käuflichen und verkäuflichen Arbeitsbestätigungen das Wirtschaftsleben in der Gemeinde wieder belebt und damit auch öffentliche Arbeiten durchgeführt werden sollten. Es ist heute, nach mehr als 50 Jahren, interessant, wer damals dem Gemeinderat angehörte: Bürgermeister Michael Unterguggenberger, Revident der ÖBB i. R.; Vizebürgermeister Josef Gollner, Kaufmann; Vizebürgermeister Josef Ralsler, ÖBB-Beamter; Gemeinderäte: Jakob Astner, Landwirt; LA Johann Astl, Elektromonteur; Franz Danek, Kaufmann; Alois Endl, Kellermeister; Anton Graus, Landwirt; Anton Kogler, ÖBB-Beamter; Oswald Koller, Elektriker; Peter Lanzinger, ÖBB-Beamter i. R.; Sebastian Mitterer, Bäckermeister; Rosalia Nestler, ÖBB-Beamtensgattin; Georg Opperer, Adjunkt i. R.; Johann Payr, Landwirt; Franz Pick, ÖBB-Beamter; LA Martin Pichler, Schneidermeister; Thekla Sittenthaler, ÖBB-Beamtensgattin; Dr. Georg Stawa, Oberfinanzrat i. R.; Max Steinbacher, privat; Johann Strasser, Landwirt; Christian Waschler, Tischlermeister; Fanny Weinmayr, ÖBB-Beamtensgattin.

Es waren Frauen und Männer verschiedener Weltanschauung, denen sich noch verschiedene Geschäftsleute und die damalige Ortszeitung »Wörgler Nachrichten« mit dem Versprechen anschlossen, den Aufklärungsdienst durchzuführen. Als Treuhänder wurden Ortspfarrer Geistl.-Rat M. Riedelsperger und Gemeinderat Dr. Stawa bestimmt. Alles zusammen war, aus der Sicht von heute betrachtet, eine großartige Gemeinschaftsleistung, die auch bald Nachahmer fand, denn in Kirchbichl, Westendorf und in anderen Gemeinden hat man ähnliche Beschlüsse gefaßt oder zumindest vorbereitet; auch in Bayern und in der Schweiz wurde dort oder da das »Schwundgeld« eingeführt. Am meisten verbreitete sich die Methode, mittels »Schwundgeld«

Arbeitsplätze zu schaffen und das Wirtschaftsleben anzukurbeln in vielen Städten Amerikas. Wörgl aber galt fortan als *das* Beispiel, wozu wohl auch beigetragen haben mag, daß das »Wörgler Beispiel« sogar in einer von Amerika über die meisten europäischen Stationen übertragenen Radiosendung mit dem Kennwort: »Über was man in Amerika spricht!« erläutert wurde.

»Lindert die Not, gibt Arbeit und Brot«

Unter diesem Motto wurden schon im Juli 1932 Arbeitswertbestätigungen von 1, 5 und 10 Schilling in drei verschiedenen Farben herausgegeben. Die Gültigkeit hing von einem Kontrollprägestempel des Bürgermeisteramtes ab. Die Ausgabe der Scheine erfolgte im Gemeindeamt, die Rückeinlösung durch die Raiffeisenkasse, wo derselbe Betrag in offiziellem Geld als Deckungsbetrag hinterlegt war. Mit jeder Note war eine monatliche »Notabgabe« von einem Prozent des Nennwertes – also 1 Groschen bei 1 ö.S., 5 Groschen bei 5 ö.S. und 10 Groschen bei 10 ö.S. – verbunden, die mit aufgeklebten Marken nachzuweisen war. Die Notabgabe war für den Armenfond bestimmt: Zur Notabgabe kam die Rücklaufsteuer: Wer Arbeitswertscheine nicht zur Zahlung im Ort verwendete und sie gegen Noten der offiziellen Währung umtauschen wollte, mußte 2 Prozent des Nennwertes als »Arbeitsbeschaffungsbeitrag« entrichten. Unter dieser Voraussetzung ging die Einlösung anstandslos vor sich.

Die Wirkungen, die mit dem »Hilfsgeld« verbunden waren, wurden als außergewöhnlich bezeichnet: Die erste Lohnzahlung, die die Marktgemeinde in Arbeitsscheinen vorgenommen hatte, kam nach einigen Tagen wieder in die Gemeindekasse zurück.

Es wurden Steuerzahlungen vorgenommen und Rückstände beglichen.

Mit dem gleichen Betrag zahlte die Gemeinde eigene Schuldbeträge innerhalb der Gemeinde.

Schon bald darauf war dieselbe Summe wieder in der Gemeindekasse. Wieder sind viele Rückstandszahlungen dabei.

Nachdem auf diese Art die Lohnzahlung mit 1.800,- Schilling den Anfang genommen hatte, wanderten die Scheine vom Lohnempfänger zum Kaufmann oder sonstigen Gewerbetreibenden und von dort direkt und indirekt wieder zurück zur Gemeinde. Der Kreislauf florierte. Die Arbeitswertscheine sind zum Umlauf gezwungen, denn niemand wollte und konnte das »wertschwinnende« Geld behalten. Es kreiste von Hand zu Hand und schaffte überall Arbeit und Brot.

Wirkung der Nothilfe-Aktion

Mit der Ausgabe der Arbeitswertbestätigungen wurde von der Marktgemeinde auch ein umfangreiches Arbeitsprogramm begonnen: Kanalisierungen, Straßenarbeiten, Asphaltierungen und viele andere. Unter Ausnützung der produktiven Arbeitslosenfürsorge wurden im Jahre 1932 um den damals hohen Betrag von 100.000,- Schilling Notstandsarbeiten durchgeführt. Schon zum Jahresende machte man die erfreuliche Feststellung, daß sich die Steuereingänge beträchtlich erhöhten und sogar Steuerrückstände, die sich früher von Jahr zu Jahr gesteigert hatten, teilweise abgebaut werden konnten. Zusammengefaßt hatte die Ausgabe von Arbeitswertbestätigungen folgendes bewirkt:

1. Arbeitsbeschaffung – Verringerung der Arbeitslosenzahl,
2. Kaufkraftverstärkung – Besserung der Ortswirtschaft,
3. Erhöhung der Gemeindesteuereingänge.

Die große Wirkung lag vor allem in der Beschleunigung des Geldumlaufes (übrigens eine Erkenntnis, die längst in jeder Volkswirtschaftslehre enthalten ist); weniger bedeutungsvoll waren jedoch die Beiträge aus der Notabgabe und des Arbeitsbeschaffungsbeitrages, da in dieser Hinsicht die Anzahl von im Umlauf befindlichen Scheinen doch zu gering war.

Immerhin waren die Akteure von Wörgl – und mit ihnen viele aufgeschlossene Beobachter – der vollen Überzeugung, daß die Tat des Wörgler Bürgermeisters ein klarer Wegweiser zur wirtschaftlichen Rettung Österreichs sei.

Das Verbot

Es wäre naheliegend gewesen, daß sich die »Zuständigen« des Staates Österreich – oder auch anderer Staaten Europas – mit den positiven Auswirkungen des Wörgler Experimentes befaßt hätten. Man hat sich befaßt, aber aus der Sicht des Monopols zur Herstellung von Geldwertzeichen, das in fast allen Staaten, so auch in Österreich, eine Angelegenheit der Nationalbank ist. Und so zeigten sich auch die ersten Reaktionen: Schon am 22. Juli 1932 erhielt die Marktgemeinde Wörgl vom Amt der Tiroler Landesregierung die Aufforderung zur Stellungnahme, ob sie mit der Herausgabe des Notgeldes nicht etwa das Banknotenprivileg der Nationalbank verletze. Die Gemeinde versuchte nachzuweisen, daß es sich nicht um Notgeld, sondern um Arbeitsbestätigungen handle. Die Bezirkshauptmannschaft Kufstein trat in einem Schreiben an die Landesregierung dafür ein, daß man den Versuch zur Selbsthilfe zur Linderung der finanziellen Schwierigkeiten und der allgemeinen Notlage fördern und den Erfolg abwarten sollte. Man verzögerte offensichtlich ein sofort wirksam werdendes Machtwort aus Wien. Nach einem halben Jahr, anfangs Jänner

1933, wurde dann die Ausgabe von Arbeitsbestätigungen mit der Begründung untersagt, daß damit das Banknotenprivileg der Nationalbank verletzt worden sei. Die Marktgemeinde wehrte sich noch einmal. In einem Berufungsschreiben an den Landeshauptmann wurde der ausgezeichnete Erfolg der Nothilfeaktion ausführlich geschildert und nochmals dargelegt, daß keine Verletzung des Banknotenprivilegs vorliegen könne. Die Berufung wurde abgewiesen. Daraufhin beschloß der Gemeinderat, daß die Arbeitsbestätigungen trotzdem nicht aufgelassen werden, dafür aber die Verwaltungsbeschwerde einzubringen sei. So wurde dann der Verwaltungsgerichtshof als höchste Instanz mit der »Wörgler Aktion« befaßt. Die allerhöchste Instanz entschied endgültig: Die Ausgabe von Arbeitswertbestätigungen muß eingestellt werden.

Es blieb beim Wörgler Experiment

Die Marktgemeinde Wörgl und deren Bürgermeister konnten nur noch darauf hoffen, daß die entfachten Solidaritätskundgebungen anderer Gemeinden allmählich eine Änderung des Rechtsstandpunktes erreichen würden. In manchen Gemeinden wurde öffentlich die Einführung der Arbeitswertscheine gefordert. Besonders drastisch drückte sich Pfarrer Schlechter von Westendorf aus: Es sei ein »Befreiungsfunken« gegen die internationale Hochfinanz fällig, wie etwa seinerzeit gegen die Gewalt Napoleons, als der Funke aus Tirol genügte, um einen Brand auszulösen, der vier Jahre später die unbesiegbare Gewalt des Franzosenkaisers zerbrach ...

Heute wissen wir, daß alle Bemühungen umsonst waren.

Für Bürgermeister Michael Unterguggenberger, der sich in Wörgl nicht nur durch die Aktion »Schwundgeld«, sondern auch durch viele andere Initiativen große Verdienste erworben hatte, war die Untersagung seiner »Tat von Wörgl« nicht der einzige Tiefschlag, sondern der Beginn einer Unglücksserie. Nach dem unsinnigen und unglücklichen Februaraufstand im Februar 1934 wurde bekanntlich die Sozialdemokratische Partei verboten. Bürgermeister Unterguggenberger mußte sein Amt abgeben. Sein Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit war damit aber noch nicht zu Ende. Er hielt in der Schweiz und in anderen Staaten Vorträge über sein Experiment und konnte seine Zuhörer von der Richtigkeit seiner Idee überzeugen. Leider verschlechterte sich allmählich sein Gesundheitszustand. Ein altes Herzleiden, im Eifer des Lebenskampfes offenbar vernachlässigt, verschlechterte sich immer mehr. Kuraufenthalte an der Adria sowie in Meran und Gleichenberg brachten zwar eine vorübergehende Besserung, doch am 19. Dezember 1936 verschied er nach einem schweren Krankenlager von zwei Monaten an Herzembolie.

Aus den Grußworten in der Festschrift des Kongresses

Bürgermeister Fritz Atzl:

Arbeitslosigkeit, weltweite Wirtschaftskrise, Not und Armut prägen die frühen Dreißiger-Jahre.

Auch die Menschen in unserem Lande waren davon betroffen. In dieser Zeit ohne Hoffnung setzten die Verantwortlichen unserer Heimatstadt, mit dem ebenso mutigen wie weisen Bürgermeister Michael Unterguggenberger an der Spitze, eine Tat, die damals wie heute viel beachtet wurde und als Wörgler Beispiel Geschichte gemacht hat: die Einführung des Freigeldes.

Eine Belebung der Wirtschaft, Arbeit und Brot für viele und vor allem die Hoffnung auf eine bessere Zukunft waren die Folge, bis dem Experiment durch die allgewaltige Staatsmacht ein Ende gesetzt wurde.

Das war vor 50 Jahren!

Heute erleben wir einen relativen Wohlstand, es gibt nur wenig wirkliche Armut, und die Nöte der Menschen haben sehr viel mehr seelische als materielle Ursachen.

Die meisten von uns haben Arbeit und eine halbwegs sichere Existenz, und dennoch müssen wir erkennen, daß an unserem Wohlstandshimmel Gewitterwolken aufgezogen sind.

Wir müssen erkennen, daß wir nach jahrzehntelanger bedingungsloser industrieller Aufrüstung an die Grenze des Machbaren im wirtschaftlichen Bereich und des Vertretbaren im Umweltbereich rühren.

Hohe Staatsverschuldungen, Finanzkrisen, Wachstumsschwund, der Untergang von Unternehmen, die als unerschütterliche Bollwerke der westlichen Industrielwelt, ja als ihre Flaggschiffe galten, geben Anlaß zu Zweifel und Unsicherheit.

Es muß etwas getan werden.

Vor 50 Jahren ging es darum, für die Gemeinde Wörgl eine Besserung der Lebensverhältnisse zu erringen. Heute müssen wir zusätzlich über neue wirtschaftliche Wertssysteme nachdenken, uns einstellen auf jene Möglichkeiten, die uns das Zeitalter der Mikroprozessoren eröffnet, alles tun und unternehmen, um das Erreichte zu sichern. Wir in Wörgl sind weder Universitätsstadt noch eine Wirtschaftsmetropole. Wir sind ein kleines Städtchen im Herzen des Tiroler Unterinntales.

Wir sind aber stolz darauf, daß schon einmal von diesem Ort aus ein weltweit beachtetes Signal gesetzt wurde.

Dieser Geist, der Geist der Erneuerung, der Suche nach Wahrheit und nützlichen Erkenntnissen, möge auch den Internationalen wirtschaftlichen Kongreß erfüllen.

Silvio Unterguggenberger:

Die Herausgeber dieser Festschrift haben mich ersucht, eine kurze persönliche Stellungnahme zur Freiwirtschaftstheorie Silvio *Gesells* und zum »Schwundgeld«-Versuch von Wörgl abzugeben. Diesem Ersuchen komme ich gerne nach.

Schon als junger Mann hegte ich Bewunderung für den ursprünglichen Denker *Gesell*, dessen Ideen hinsichtlich Freigeld und Festwährung gerade heute wieder von besonderer Aktualität sind und die diese Aktualität auch behalten werden. Der Idee vom »Freiland« vermag und vermochte ich mich nicht anzuschließen.

Meine 1957 verfaßte Diplomarbeit an der Hochschule für Welthandel in Wien war dem »Schwundgeldversuch« von Wörgl gewidmet und gab mir Gelegenheit, mich mit diesem nationalökonomisch so interessanten Thema auseinanderzusetzen.

Wenn ich nun in wenigen Sätzen diesen Versuch würdigen soll, so darf ich meine Meinung wie folgt zusammenfassen:

1. Mit dem Schwundgeldversuch von Wörgl wurde die Praktikabilität der Gesell'schen Freigeldtheorie bewiesen.
2. Durch die Erfolge des Wörgler Versuches wurde die Bedeutung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, insbesondere im Hinblick auf Beschäftigung und Arbeitsplatzsicherung, eindrucksvoll demonstriert.
3. Mit ihren einstimmigen Beschlüssen, den Schwundgeldversuch zu unternehmen und fortzusetzen, haben die Bürger von Wörgl – in bester Landes-tradition – Mut zum Widerstand gegen Not und Unbill bewiesen. Diesen Widerstandsgeist in Einigkeit, der die Voraussetzung für unser und unserer Kinder Überleben ist, sollten wir uns unbedingt bewahren; er macht mich stolz, ein Tiroler und ein Wörgler zu sein.

Den Verantwortlichen der Stadt Wörgl und ihren Bürgern möchte ich schließlich im Namen meiner gesamten Familie herzlich für das ehrende Andenken, das meinem Vater bewahrt wurde, danken.

Kulturreferent der Stadt Wörgl Simon Mayr:

Für mich war Unterguggenberger ein Mann, der wußte, daß es ein Wirtschaftssystem gibt, wo nicht ein Geld, das sich selbst vermehrt, sondern die Arbeit das Kapital ist.

Die ganze Welt hat von ihm gesprochen, weil er gegen das Beutedenken und nach dem Logiker Silvio Gesell gehandelt hat: »Man müßte die Wirtschaft so organisieren, daß der Nutzen des einzelnen ein der Gemeinschaft nützlich Handeln erzwingt. Und aus diesem Grund bezeichnet er als einzigen Ausweg aus der kapitalistischen Zwangsläufigkeit die Einführung des Angebotszwanges für das Geld, wodurch nach seiner Ansicht auch die stete Investition der Spargelder (Kapitalien) gewährleistet würde. Künstliche Kapitalverknappung ist nach Gesell nur möglich aufgrund der stofflichen Überlegenheit des Geldes über Ware und Arbeitskraft. Der Arbeiter muß arbeiten, wenn er seinen Lebensunterhalt verdienen will, ganz gleich, ob er ein einfacher Mechaniker, ein Vorarbeiter, Spezialist oder selbständiger Unternehmer ist. Der Angebotszwang wird hier von der Natur selber ausgeübt. Genau gleich verhält es sich mit den Waren: Sie faulen und rosten, werden altmodisch oder fangen an zu stinken; sie »schwinden«. Auch hier hat die Natur dafür gesorgt, daß eine Unterbrechung des Tauschprozesses auf längere Zeit nicht möglich ist. Was wir brauchen, um die gleiche Wirkung beim Geld zu erzielen, um dauernde Vollbeschäftigung zu erreichen, bis Wohlstand für alle Wirklichkeit geworden ist, das sind »Rostende Banknoten«, das ist ein Geld, das in sich selbst, wie die Ware und die Arbeitskraft, den Angebotszwang trägt. Und dieses neue Geld – Gesell nennt es später »Freigeld«, weil es vom Zins befreit ist – muß der Wirtschaft immer in dem Maße zugeführt werden, daß die gesamte Gütererzeugung zu durchschnittlichen stabilen Preisen reibungslos vom Produzenten zum Konsumenten gelangen kann. Dadurch wäre gleichzeitig die »feste Kaufkraft des Geldes« verwirklicht.

In diesem Sinne hat Wörgl der Welt vor 50 Jahren ein Zeichen gesetzt. Die Mühlalbrücke an der Wildschönauer Straße ist heute noch ein Symbol für den Frieden, die Freiheit, die Solidarität. Das ist unsere Hoffnung, daran sollen wir glauben.

* * *

»Das Geld wird wirklich nur Wertmesser sein; denn hinter jedem Geldstück oder Geldschein steht die Warenleistung, auf welche hin der Geldbesitzer allein zu dem Geld gekommen sein kann...

Und damit nicht in Produktionsbetrieben arbeitendes Geld mit Umgehung der Maßnahmen der Wirtschaftsorganisation von Inhabern zurückbehalten werde, kann Umprägung oder Neudruck von Zeit zu Zeit stattfinden. Aus solchen Verhältnissen heraus wird sich allerdings auch ergeben, daß der Zinsbezug von einem Kapitale im Laufe der Jahre sich immer verringere. Das Geld wird sich abnützen, wie sich Waren abnützen.«.*

*Aus: R. Steiner »Die Kernpunkte der sozialen Frage« Stuttgart 1919, S. 92.

WIR*

- Wirtschaftsring -

Werner Zimmermann

Berge unverkäuflicher Waren und Millionen darbender Menschen, dringende Bedürfnisse und Heere von Arbeitslosen finden sich in allen Ländern der Erde dicht beisammen und können doch nicht zueinander finden, wie wenn eine unüberwindlich hohe und dicke Mauer sie trennte. Das ist wohl der größte Widersinn unserer modernen Zeit hochentwickelter Technik und gesicherten Weltverkehrs. Früchte der Erde werden zerstört, während ganze Volksteile hungern und verelenden.

In unserer arbeitsteiligen Wirtschaft hat das *Geld als Tauschmittel* die Aufgabe den Tausch der Waren und Leistungen im kleinen wie im großen zu bewerkstelligen. Diese Aufgabe vermag das heutige Geld nicht zu erfüllen. Seine Kaufkraft schwankt, seine leichte Verschätzbarkeit verlockt zu Mißbrauch und Spekulation, und seine Koppelung ans Gold liefert es Mächten aus, denen es nicht vor allem um das Wohl der Arbeit und der Völker geht. Krise, Verelendung, Verhetzung, Krieg sind zwangsläufige Ergebnisse solcher Mängel.

Daher mehren sich in allen Ländern die Kreise und die Kräfte, die aus wachsender Erkenntnis eine *neue Gestaltung der Währung, des Geldwesens* fordern und zu verwirklichen suchen. Die Währung soll ehrlich, fest, das Geld soll sozial dienstbar, soll zum vollkommenen Tauschmittel gemacht werden. Das ist im wesentlichen nur zu erreichen durch Änderungen gesetzgeberischer Art, die wiederum voraussetzen, daß die *politische Macht* zur Durchsetzung dieser Forderungen erkämpft wird. An der Verwirklichung dieses Ziels muß unablässig gearbeitet werden; doch dürfte es noch reichlich fern liegen.

Gibt es keinen anderen als diesen politischen Weg einer Ankurbelung der Wirtschaft, einer Belebung des Güteraustausches? Könnte nicht, für einen kleineren oder auch unbeschränkt großen Kreis wirtschaftender Menschen auf rein wirtschaftlichem, auf genossenschaftlichem Wege ein besserer Austausch der Güter und Leistungen erreicht werden, und zwar ohne Verletzung bestehender Währungsgesetze?

Der Zahlungsverkehr beim Austausch von Waren und Leistungen wird nicht ausschließlich mit Bargeld vollzogen. Im Inland, und noch viel mehr im Welthandel besorgt der *Verrechnungsverkehr* einen großen Teil der Arbeit. Gewiß, auch diese überwiesenen und verrechneten Summen lauten auf eine Währungseinheit, auf ein nationales Geld, und irgendwo finden sich immer

*Aus der Zeitschrift »Tau«. Monatsblätter für Erkenntnis und Tat. Herausgegeben von Werner Zimmermann, 11. Jahrgang, Juli 1934, Heft 123.

wieder Barein- oder -auszahlungen. Versagt das Bargeld, so versagt im wesentlichen auch der »bargeldlose« Zahlungsverkehr in seiner heutigen Form. Und dennoch hat er große Vorzüge und wird auch in einer Wirtschaftsordnung mit fester Währung und dienendem, rasch kreisendem Tauschmittel unentbehrlich bleiben. Auch dann wird es vorteilhafter sein, bei Zahlungen über weite Strecken nach fernliegenden Orten oder Erdteilen nicht Bargeld stofflich zu versenden, sondern Guthaben durch Verrechnung zu übertragen. Könnten nicht doch auf diesem wichtigen Teilgebiet Wege einer wirtschaftlichen Selbsthilfe gefunden und gegangen werden, die sofort den angeschlossenen Mitgliedern wesentliche Vorteile und Erleichterungen zu bieten vermöchten?

Nehmen wir an, es schließen sich tausend wirtschaftende Menschen zu einem *Wirtschaftsring* zusammen. Sie mögen eine größere Zahl verschiedener Berufsgruppen umfassen, die unter sich schon viele ihrer Erzeugnisse und Leistungen zu tauschen vermögen, zu gegenseitigem Vorteil. *Jedes Mitglied hat sein Konto und seine Nummer, es gibt Listen der Mitglieder, der Geschäfte, der Berufe, und, wo irgend möglich, bevorzugt bei einem Kauf oder bei einem Auftrag ein Mitglied das andere, weil ihm dabei Vorteile erwachsen.* Guthaben können für Zahlungszwecke überwiesen werden, und eine *Verrechnungsstelle* nimmt die Buchungen vor und besorgt den Verkehr. Diese Aufgabe zu lösen, ist technisch möglich, jedes Postscheckamt und viele Banken beweisen das.

In unserer Genossenschaft müßten jedoch wesentlich *neue Antriebe* eingebaut werden, da sie doch über die Bedeutung eines Postscheckamtes weit hinauswachsen sollte. Haben doch weder Postscheckamt noch die Banken die Wirtschaftskrise der letzten Jahre zu verhüten oder zu überwinden vermocht. Wo sind solche Antriebe vor allem notwendig?

In der modernen Wirtschaft haben wir bei jedem Tauschvorgang meist einen *Verkäufer* und einen *Käufer*. Der Käufer will eine bestimmte Ware oder Leistung, der Verkäufer einen Barbetrag oder eine Gutschrift, über die er sofort und frei verfügen kann, um jede beliebige andere Ware oder Leistung damit zu erwerben oder um sich ein Sparguthaben zu sichern. Der Verkäufer wird also auch wieder zum Käufer, so daß jedes Ringmitglied abwechselnd als Käufer und als Verkäufer auftritt. Dagegen sind Kauf und Verkauf psychologisch betrachtet recht verschiedene Vorgänge.

Der *Verkäufer* gibt seine Ware ohne weiteres her, wenn seine Bedingungen erfüllt werden, vor allem, wenn er einen lohnenden Preis erzielt. Ihn brauchen wir nicht anzukurbeln. Er läßt sich nicht verdrießen, viel Zeit, Kraft und Geld für Werbung auszugeben, sogar Geschäftsreisende zu unterhalten, nur um etwas absetzen zu können, und bei glatter Bezahlung ist er meist gerne bereit, einen Nachlaß von einigen Prozenten zu gewähren. Sichern wir also dem Ver-

käufer in unserem Wirtschaftsring sofortige Bezahlung, außerdem ein gut Teil kostenloser Werbung (Geschäftslisten), Zuführung neuer Kunden und Steigerung seines Umsatzes, so wird er mit Freuden für diese Leistungen sich einen *Abzug* gefallen lassen. Dieser Abzug betrage durchschnittlich drei Prozent, höchstens fünf Prozent von der gutgeschriebenen Summe. Eine Staffelung könnte vorgenommen werden wie folgt:

5 %	für	bis sfr. 50.-, mindestens sfr. -15,
3 %	erhaltene	bis sfr. 250.-, mindestens sfr. 2.50,
1 %	Zahlungen	bis sfr. 1000.-, mindestens sfr. 7.50,
1/2 %		über sfr. 1000.-, mindestens sfr. 10.-.

Diese *Standardbelastung* des Verkäufers wird nun nutzbar gemacht:

1. Ein erstes Drittel beansprucht die *Verrechnungsstelle* für ihre Arbeitsleistung. Der Betrag wird dafür bei weitem nicht aufgebraucht. Der Überschuß wird zu Gewinn für die Genossenschaft, kommt also den Genossenschaftlern zugute oder ermöglicht die Durchführung anderer sozialer Aufgaben.
2. Das zweite Drittel wird von der Verrechnungsstelle dem *Käufer* gutgeschrieben, als *Sparrücklage* oder, im Falle eines benutzten Kredites, als selbsttätige Entschuldung. Das ist der Anreiz für den Käufer! Denn an Käufern fehlt es, nicht an Verkäufern! Und der Verkäufer wird auch gleich oder bald wieder zum Käufer! Daher müssen wir das Kaufen fördern und zu gewissem Teil auch ermöglichen helfen.

Wird der Verkäufer nun seinerseits zum Käufer, und das ist für den geordneten Ablauf der Wirtschaft unerlässlich, so holt er sich dadurch gleich ein Drittel seiner Belastung wieder zurück. (Weitere Vorteile werden später dargelegt.)

3. Das letzte Drittel wird dem gutgeschrieben, der ein Mitglied *geworben* hat, und zwar ein Jahr lang von jedem getätigten Kauf des Geworbenen. Nach Ablauf dieses Jahres fällt dies letzte Drittel auch an die Genossenschaft und kommt damit allen zugute. Hier nun kann ein Verkäufer, besonders ein Geschäft, durch Werbung seiner Kunden, seiner Angestellten und seiner Lieferanten ein Mehrfaches einholen von den Beträgen, die ihm bei seinen Verkäufen abgezogen werden. Auch wird hier die Werbung für eine gute Sache, die sonst immer Opfer kostet und sich nur an den Idealismus wendet, zu einer lohnenden Arbeit erhoben, was für das Wachsen des Wirtschaftsringes, für die Zunahme an Mitgliedern von großer Bedeutung sein wird. Diese Werbung verursacht der Genossenschaft keinerlei Unkosten und öffnet allen Mitgliedern ein ideell und materiell dankbares Betätigungsfeld.

Auch die *Finanzierung* eines solchen Wirtschaftsringes ist äußerst einfach und erfordert von seinen Mitgliedern keinerlei Opfer, bietet vielmehr vom ersten Tage an Vorteile. Nehmen wir an, es haben sich tausend Menschen bereitgefunden, sich einem solchen Wirtschaftsring anzuschließen. Sie haben, für ihre täglichen Bedürfnisse, für je 30.– sfr. Waren zu kaufen. Nun zahlen sie dies Geld, statt es direkt dem Krämer zu bringen, in die Genossenschaft ein, 5.– sfr. als Eintrittsgeld und 25.– sfr. als Stammanteil. Das ergibt eine Bareinzahlung von sfr. 30.000.–. Diese Summe ist das Anfangs- und Betriebskapital der Genossenschaft. Das Eintrittsgeld braucht sie zur Einrichtung der Verrechnungsstelle und zur Herstellung der nötigen Drucksachen. Der Rest bleibt frei verfügbar. (Das kleine Anfangskapital zur Inbetriebsetzung der Verrechnungsstelle kann auch auf andere Art beschafft werden, etwa als Darlehen, das später durch die eingehenden Gewinne zurückerstattet wird.)

Das Ringmitglied nun erhält für seine eingezahlten sfr. 30.– sofort eine Gutschrift über den gleichen Betrag als *zinslosen Kredit* und kann, *sobald die Verrechnung beginnt, sofort* die Ware, die es braucht, bei einem Mitglied kaufen. Eine merkwürdige Erscheinung! Es bezahlt sfr. 30.– und kann doch sofort die Ware dafür kaufen (die es sonst auch gebraucht hätte), ist dadurch aber Ringmitglied und damit am Gewinn beteiligt, erhält außerdem auch gleich ein Drittel der Standardbelastung, bei 30.– sfr. also 1½ %, also 50 Rappen, gutgeschrieben, auch bei jedem folgenden Kauf, und die Genossenschaft hat doch ihr Anfangs- und Sicherungskapital, das für den eigentlichen Tauschvorgang unter den Mitgliedern eigentlich gar nicht mehr nötig ist. Erst wenn ein Mitglied ein Guthaben wieder in Bargeld umwandeln möchte, braucht die Genossenschaft etwas von diesen Bargeldern, die sie immer in genügender Menge flüssig zur Verfügung halten wird. Wird das Anfangskapital für die Inbetriebsetzung von den Gründern mittels Darlehen aufgebracht, so kann sogar von allem Anfang an die Guthabensumme, die getauscht werden kann, stets zu hundert Prozent gedeckt bar vorhanden sein, wenn diese äußerste Sicherung, die von keiner Bank auch nur annähernd erreicht wird, wünschbar sein sollte.

Hat ein Mitglied Ware gekauft, so verfügt der Verkäufer nach Abzug der Standardbelastung gleich über seine Gutschrift und kann nun seinerseits als Käufer auftreten. Geschieht das innerhalb des Wirtschaftsringes, so wird der Kassenstand der Verrechnungsstelle dadurch nur insofern berührt, als er keinerlei Belastung, dagegen eine Gutschrift erfährt in der Höhe des Betrages, den er von seinem Drittel der Standardbelastung für die Verrechnungsauslagen nicht zu verwenden braucht.

Arbeit braucht die Verrechnungsstelle als das Hauptorgan der Genossenschaft eigentlich nur zu leisten, wenn etwas zu verrechnen ist. Insgesamt hat

sie dabei selbsttätig jedesmal mehr Einnahmen, als die Arbeitsleistung an Unkosten erfordert. Risiko ist keines dabei. Sie erzeugt nichts und hat nichts zu verkaufen, sie zahlt keine Geldzinsen, kennt keine kostspielige Werbung und unnütze Arbeit, hat also ein geruhiges und gesichertes Dasein und erfüllt doch den in der heutigen Krisenzeit allerwichtigsten und *allerdringendsten Dienst* an einzelnen Menschen und an der Volkswirtschaft: sie vollzieht und sichert den Austausch der Leistungen und Erzeugnisse reibungslos und, was weiterhin als sehr wichtig dazu kommt, ohne Zinsbelastung.

Das Ringmitglied braucht also erst mal gar nichts auszugeben, was es nicht gleich (oder bald) wieder in Waren beziehen kann, und sichert sich doch dadurch die Vorteile des Wirtschaftsringes und einen Anteil an den Geschäftsgewinnen. Es hat aber weitere Waren und Leistungen zu kaufen. Wird das nötig und hat es nicht entsprechende Gutschriften durch eigenen Verkauf von Waren an andere Mitglieder, so zahlt es das Geld, das es ohnehin nun ausgeben wollte, auf sein Konto ein und erhält dafür sofort eine Gutschrift, und zwar nicht bloß in der Höhe der Einzahlung sondern mit *fünf Prozent Aufgeld*. Wer 100.- sfr. einzahlt, erhält eine Gutschrift über 105.- sfr., und tätigt er den Kauf, so wird ihm dafür noch eine Sparrücklage von 1 bis 1½ % gutgeschrieben. Das Aufgeld für eingezahlte Barbeträge ist der *zweite große Anreiz* für den Käufer, seine Käufe über die Verrechnungsstelle bei einem der Mitglieder des WIR vorzunehmen. Die Genossenschaft aber kann dieses einmalige Aufgeld gerne gewähren, weil es den Umfang ihrer Umsatzmöglichkeiten erweitert und weil erfahrungsgemäß die Guthaben im Überweisungsverkehr sich viel rascher und viel häufiger umsetzen als im allgemeinen Bargeldverkehr, und weil sie, wenn die Gutschrift für diesen Barbetrag sich auch nur einige Male umsetzt, die Auslagen des Aufgeldes durch den ihr zufließenden Gewinn bald wieder eingeholt hat. Zugleich steigert und beschleunigt sie damit den ganzen Umsatz.

Wir begünstigen und belohnen die Einzahlung von Bargeld. Wie steht es hingegen mit *Barabhebungen*? Diese arbeiten eigentlich den Zwecken der Genossenschaft entgegen, da diese ihren Mitgliedern, und auch der ganzen Volkswirtschaft, um so mehr Vorteile bieten kann, als der Umfang aller Guthaben und der entsprechende beschleunigte Umsatz wachsen. Dennoch verzichtet die Genossenschaft darauf, die Bargeldauszahlung irgendwie zu beschränken und zahlt jederzeit ohne Umstände und ohne Wartefrist Bargeld aus, und zwar Summen von beliebiger Höhe. Dabei werden nur die 5 %, die vorher als Prämie für Bargeldeinlage vergütet worden waren, nun wieder abgezogen und außerdem weitere 5 % einbehalten, diese letzteren als Garantie, daß der Abheber das Bargeld später wieder zur Genossenschaft zurückbringt. Sobald dies geschehen ist, hat er die Gesamtbelastung von 10 % ungeschmälert wieder zurückzuerhalten.

Hier können größere Geschäfte, besonders solche, die ihre Waren vorwiegend vom Ausland beziehen und daher in ausländischer Währung bezahlen müssen, befürchten, im Anfang doch empfindliche Einbußen zu erleiden, falls sie den Großteil der eingehenden Gutschriften immer wieder für Bargeld eintauschen müssen, unter Abzug von 10 %, um ihre Großlieferanten, die dem Wirtschaftsring noch nicht angeschlossen sind, bezahlen zu können. Das wird schon bald nicht mehr nötig sein; wächst doch ein solcher Ring, wie die Erfahrung bereits gezeigt hat, sehr rasch. Dieser vorläufige Nachteil dürfte auch durch mancherlei Vorteile überwogen werden: Steigerung des Umsatzes, Gewinnung der einjährigen Werbeprämien für geworbene Kunden und Lieferanten, ebenso von Angestellten (Auszahlung der Löhne in Gutschrift). Dazu kommen noch andere Möglichkeiten, wie zinslose Kredite und Barzahlungs-Sconti.

Ist der Kreis der angeschlossenen Geschäfte noch klein, so haben diese allein den Zuzug der Käufer und damit eine beträchtliche Umsatzsteigerung. Verbreitert sich der Kreis, so wachsen auch die Möglichkeiten, nun seinerseits die Käufe über die Verrechnungsstelle zu tätigen, zumal auch in anderen Ländern solche Wirtschaftsringe sich bilden, ja schon bereitstehen, z. B. in Skandinavien, wodurch ein *zwischenstaatlicher Verrechnungsverkehr* (Clearing) ermöglicht wird und Bareinlösung immer seltener vorgenommen werden muß. Hier eröffnen sich große Möglichkeiten einer Gesundung der *weltwirtschaftlichen Handelsbeziehungen*.

Für regelmäßige Einkäufe in bevorzugten Geschäften wird sich wohl die Lösung herausbilden, daß der Käufer gleich eine größere Summe überweist und seine Warenbezüge in einem Büchlein oder auf einer *Gutschriftkarte* jeweils eingetragen werden, bis sein Guthaben erschöpft ist.

Soviel zur Frage des Ringtausches. Dazu kommt die Lösung eines zweiten äußerst wichtigen Problemles unserer Wirtschaft: der zinslose Kredit.

Die Bargelder, die in die Verrechnungsstelle eingezahlt werden und die diese für den Tausch zwischen all ihren Mitgliedern gar nicht braucht, erfordern keinerlei Zinsleistung. Daher kann der Wirtschaftsring besonders bei wachsenden Gewinnen seinen Mitgliedern in wachsendem Maße auch *zinslose Kredite* zur Verfügung stellen, für die nicht bloß kein Zins zu zahlen sein wird, sondern die sich auch selbsttätig durch die Entschuldungsrücklagen, die bei jedem Kauf erfolgen, vermindern, abtragen werden. Kein Kauf ohne eigene Entschuldung! Zinsfordernde Hypotheken der Mitglieder können abgelöst und in *zinslose selbsttätig sich abtragende Darlehen* des WIR umgewandelt werden. Ein weiterer mächtiger Anreiz, dieser Genossenschaft beizutreten! Gelingt es aber, in wachsendem Maße zinslose Kredite zu gewähren, so wird das auf den Zinsfuß ganz allgemein einen Druck auszuüben vermögen.

Langfristige Kredite können auf *Indexgrundlage* abgeschlossen und dadurch kaufkraftbeständig gemacht werden.

Diese allgemeinen Hinweise mögen genügen. Bestrebungen, die von ihren Mitgliedern immer nur Opfer an Kraft und Zeit und Geld fordern müssen, ohne ihnen sofortige Vorteile gewähren zu können, die immer nur auf eine bessere Zukunft zu vertrösten in der Lage sind, werden wohl nie breite Massen zu gewinnen vermögen. Der Wirtschaftsring dagegen sichert jedem, der beiträgt, solche wirtschaftlichen Vorteile, ohne an seine Gesinnung und Opferbereitschaft Anforderungen stellen zu müssen, die heute nur ein winziger Teil der Menschen aufzubringen vermag. Wer Gehör finden will, muß praktische Hilfe leisten.

Ist es denn möglich, daß bei einem solchen Wirtschaftsring alle Angeschlossenen nur Vorteile haben? Muß nicht doch jemand den *Nachteil* tragen?

Das heutige Geld tätigt nur einen geringen Teil des Austausches von Waren und Leistungen, der möglich und wünschbar wäre. Diese Arbeit ist belastet mit der ganzen Zinswirtschaft, den riesigen Handelsunkosten und Spekulationsgewinnen. Der Wirtschaftsring schließt nun brachliegendes Gebiet auf, ohne es jedoch der üblichen Ausbeutung auszuliefern. Der Abzug für die Arbeitsleistung ist daher verschwindend gering im Vergleich zu den Tributen, die das heutige Wirtschaftssystem für seine Dienste fordert. Daher wird durch den Wirtschaftsring niemand benachteiligt als in letzter Auswirkung das arbeitslose Einkommen.

Es könnten an Hand genauer Berechnungen viele weitere Einzelfragen abgeklärt werden. Die 5 % Aufgeld bei Bareinzahlungen sowie die 1½ % Sparrücklage bedeuten für den Käufer eine *Kaufkraftsteigerung* von 6½ %. Für den Verkäufer wirkt sich diese als Umsatzsteigerung aus, dieser fast spesenlose Mehrumsatz bringt ihm Mehrgewinn, wodurch sich seine Standardbelastung um mindestens weitere 2 % ermäßigt. Dazu kommt das Standarddrittel Gutschrift, sobald er selber als Käufer auftritt.

Die 5 % Gutschrift plus 1½ % Sparrücklage (oder Entschuldungsabzahlung) sind nicht nur für den Konsumenten, den Arbeiter, den Arbeitslosen von größter Bedeutung, indem sie seinen Lohn (oder seine Unterstützung) sofort um 6½ % steigert. Auch der Geschäfts- oder Werkstatt- oder Fabrikbetrieb kann unmittelbar große Vorteile erzielen. Nimmt er im ersten Jahr noch sfr. 500.000 in Bargeld ein und zahlt dieses bei der Verrechnungsstelle ein, um seine Einkäufe und Zahlungen durch Verrechnung vorzunehmen, so betragen die 5 % Aufgeld sfr. 25.000, was vielleicht einen Großteil seines Betriebskapitals ausmacht. Zum mindesten kann er mit dieser Gutschrift neue Werbeaktionen, Betriebs-

erweiterungen, für die in der Regel nur schwer oder zu unmöglichen Bedingungen Geld aufzutreiben ist, selbst finanzieren. (Dazu kommt bei Käufen die Sparrücklage des Standarddrittels.)

Für die Wirtschaft aber *wächst die Konsumkraft* der angeschlossenen Bevölkerung, was zu allgemeiner Umsatzvermehrung und dadurch Verminderung der Unkosten und größerer Leistungsfähigkeit führt. Die vorgeschlagene Verbesserung dient daher zum sofortigen Nutzen für jeden einzelnen Schaffenden, der sich anschließt, wie auch der ganzen Volkswirtschaft, und ist von keinen Parlamentsbeschlüssen abhängig.

Diese Ausführungen wollen zur Anregung dienen und einen ersten Überblick geben. Es handelt sich um einen Wirtschaftsplan, den ein Gesinnungsfreund, ein deutscher Großkaufmann und Unternehmer, aus einer Zusammenfassung und Weiterführung neuzeitlicher Vorschläge auf wirtschaftlichem Gebiet in allen Einzelheiten ausgearbeitet hat. Eine größere wirtschaftliche Vereinigung in *Dänemark* (J. A. K., Hauptsitz in Aarhus, Jütland) ist zur Zeit daran, diesen Plan in die Tat umzusetzen. J. A. K. bedeutet: Land, Arbeit, Kapital. Diese Bewegung ist vor Jahren von der Bauernschaft ausgegangen, umspannt heute die meisten Teile Dänemarks, mit rund zweihundert Geschäftsstellen, mit eigener Zeitung, hat vor drei Jahren rund eine halbe Million eigenes Geld gedruckt und unter ihren Mitgliedern verwendet, bis das von der Regierung unterdrückt wurde, griff dann den Gedanken zinslosen Bauens auf (Bausparkasse) und brachte rund 7 Millionen Kronen zur Auszahlung. Ihr nächster Schritt nun ist der Ausbau eines wirtschaftlichen ungestörten Kreislaufs im Sinne dieses Aufsatzes.

Zeitkommentare

»Durch mehr Freizeit zu mehr Arbeit«?

von Michael Jungblut

in: DIE ZEIT vom 20.05.1983

Früher war es so, daß man nach getaner Arbeit die Zeit der Ruhe genießen konnte und sie als gerechten Lohn für aufgewandte Mühe empfand. »Tages Arbeit, abends Gäste – saure Wochen, frohe Feste – das sei dein künftig Zauberwort«*. Heute scheint alles auf dem Kopf zu stehen. Privilegierte sind nicht mehr die Nichtstuer, sondern die sog. »Arbeitsbesitzer«. Neidvoll schaut jeder auf jemanden, der gar in den »Genuß« von Überstunden kommt. Um diese himmelschreiende »Ungerechtigkeit« nun ein für allemal aus der Welt zu schaffen, sind die Gewerkschaften nach Michael Jungblut fest entschlossen, nun den »Zusammenstoß« im Herbst zu wagen, um endlich den privilegierten Arbeitsbesitzern fünf Stunden in der Woche abspenstig zu machen, um sie als Gerechte an die darbanden Arbeitslosen zu verteilen. Der gewichtigste Grund sei, »daß alle anderen Mittel im Kampf um die Beschäftigungskrise versagt haben«. Wirklich alle Mittel? Vielleicht kennt man einige noch gar nicht? Alles kommt zusammen: »1. Wachsende Zahl der erwerbsfähigen Leute trotz schrumpfender Bevölkerung. 2. Wegen der hohen Verluste der rentenfähigen Jahrgänge im Kriege machen diese nicht vorhandenen Arbeitskräfte (Wir Toten, wir Toten sind größere Heere, als ihr auf dem Lande, als ihr auf dem Meere!) keine Arbeitsplätze frei, überall sitzen noch Leute in den besten Jahren. 3. Es herrscht Weltwirtschaftskrise«. Letztere wird wie üblich als von Gott verhängt betrachtet, wie das Wetter, woran nun mal nichts zu ändern ist.

*Goethe: Der Schatzgräber

Dann schildert Jungblut recht überzeugend, daß es nicht so einfach sei, durch Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosen in die entstehende Lücke zu stopfen.

Dann kommt er auf den Kern der Sache, indem er darauf hinweist, daß alle Sozialärzte bei der Umverteilung der Arbeit in den Kategorien der Mangelwirtschaft mit Zuteilungssystemen arbeiten, d.h. mit denen der Planwirtschaft. »Diese unsinnigen Ergebnisse kommen dann zustande, wenn Märkte zu stark reglementiert sind, wenn Funktionäre und Bürokraten glauben, daß sie den Betroffenen die Entscheidungen abnehmen müssen. Der Arbeitsmarkt ist verkrustet wie kaum ein anderer Bereich der Wirtschaft.« »Millionen Beschäftigte halten nämlich eine individuelle Arbeitszeit für so wertvoll, daß sie bereit wären, dafür einen Preis zu zahlen – durch freiwilligen Einkommensverzicht.« »Das notwendige Umdenken verlangt von Arbeitgebern und Gewerkschaften Phantasie und den Mut, dem Markt selber den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu überlassen. Wir erhielten dafür die große Chance, das Problem der Massenarbeitslosigkeit innerhalb weniger Jahre zu lösen – ohne unkalkulierbare soziale Konflikte und ohne die Gefahr, durch noch mehr Reglementierung die Krise weiter zu verschärfen«.

So weit, so gut, und man könnte dem Gesagten fast zustimmen. Die Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Letzteres deshalb, weil ich befürchte, daß die Einkommensverluste der Unselbständigen (sog. Arbeitnehmer) sicher größer sein werden, als die Gewinne der jetzt Arbeits-

losen, wenn sie die »freiwerdende« Arbeit verrichten dürfen. Unter dem Strich werden andere Leute den großen Schnitt machen, und zwar diejenigen, die jetzt schon »volle Kassen ohne Bedarf« haben, um mit Dieter Suhr zu sprechen, und eben nicht diejenigen, »die leere Kassen und großen Bedarf« haben. So wird noch weniger Nachfrage am Markt auftreten als jetzt, und die Arbeitslosigkeit wird zunehmen, und wieder geht das Spiel von neuem los. Spinnt man es weiter, so werden zum Schluß auch mit Hilfe der Rationalisierung alle Einkommen in »Kassen ohne Bedarf« fließen, und »alle Kassen mit Bedarf« werden leer bleiben. Dann können sich die Automaten und deren Besitzer die ganzen Güter, die produziert

werden, an den Hut oder sonstwohin stecken, damit jeder sehen kann, wie herrlich weit man es bringen kann, wenn man den gewichtigsten Grund für die Entstehung von Arbeitslosigkeit nicht sieht, nämlich das mangelnde Zirkulationsmittel, das Geld.

Herr Jungblut hat schon Recht in seinem Ansatz, daß auf einem freien Markt das Spiel der Kräfte für einen Ausgleich sorgen würde. Aber dafür braucht man eben einen noch viel freieren Markt, als ihn Herr Jungblut und die angeschlossenen Nationalökonomien mit Herrn Helmut Schmidt an der Spitze es sich überhaupt vorstellen können.

Gerhardus Lang

Zum hundertsten Geburtstag John Maynard Keynes*

- Bevorzugung der Liquidität -

Mit lebhaftem Interesse habe ich den Aufsatz »Wir sind alle Keynesianer ...« von Peter Hampe zum 100. Geburtstag von John Maynard Keynes (FR vom 3. Juni) gelesen. So ausführlich die Darstellung der wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen Keynes' ist, so vermissen ich doch ein näheres Eingehen auf den eigentlichen Ansatzpunkt der Keynesschen Überlegungen: auf Keynes' Beobachtung, daß in der »Bevorzugung der Liquidität« bei sinkender Kapitalverzinsung als Folge sinkender Unternehmensgewinne die Ursache der Wirtschaftskrise zu suchen ist. Anders ausgedrückt: wenn der »Kapitalist« - ob Sparer/Anleger oder Unternehmenseigner - keine oder nur noch eine minimale Verzinsung des Risikokapitals erwarten kann, dann hält er sein Geld - bei stabilem Geldwert - zurück (»Kapitalstreik«). Deshalb also ging es Keynes vor allem um die Überwindung dieser »Bevorzugung der Liquidität«, oder um die - wie er es aus-

drückt - Überwindung des Rentner-Aspekts des Kapitalismus«, um den »sanften Tod« (euthanasia) des (Kapital-)»Rentners«, des »funktionslosen Investors«. Keynes wollte also den Geldkapitalbesitzer veranlassen, seine flüssigen Mittel auch dann noch als Risikokapital zur Verfügung zu stellen, wenn er keine Verzinsung, keinen »Bonus« mehr erwarten konnte. Das ist m.E. der eigentliche Kern der »Allgemeinen Theorie«. Für uns erhebt sich deshalb heute die Frage, wie wir dem »Kapitalstreik« auch bei sinkenden Profitraten und Zinssätzen besser begegnen können, als jene Epigonen von Keynes, die noch immer glauben, mit Staatsverschuldung und Geldvermehrung dieses Problem lösen zu können. Auf die Umlaufsicherung der reichlich(!) vorhandenen »Liquidität« kommt es entscheidend an - und gehe dies auch zu Lasten der »Kapitalisten« - wenn wir unsere freiheitliche Demokratie erhalten wollen.

*Leserbrief an die Frankfurter Rundschau vom 15.6.83.

Fritz Penserot

Bad Boll Medizinisches Seminar

Medizinisch-propädeutisches Grundlagenseminar

Wochenseminar von Montag, den 1. August 1983 Beginn 9.00 Uhr
bis Samstag, den 6. August 1983 Ende 18.00 Uhr

Tagungsort: Ev. Gemeindehaus, 7325 Boll

Montag bis Freitag

9.00–10.30 Uhr Erster Grundkurs
– Dr. med. Lothar Vogel, Boll –

Organgestalt und Organtätigkeit als Ausdruck der
menschlichen Natur in Gesundheit und Krankheit.
Organlehre – Seelenlehre.

Montag bis Samstag

11.00–12.15 Uhr Zweiter Grundkurs
– Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel, Eckwälden –

Heilmittelerkenntnis vom Gesichtspunkt der menschlichen
Konstitution und Krankheitsdisposition.

Pause

Montag bis Freitag

15.00–16.30 Uhr Substanz-Studien aus dem Mineral-, Pflanzen- und Tierreich
als Grundlage des Heilmittel-Verständnisses.

Montag:
– Dr. rer. nat. Hans-Joachim Strüh, (Dipl. Chem.) Boll –

Dienstag und Mittwoch
– Dipl. Ing. (chem.) Ernst Selinger, Eckwälden –
Pharmazeutische Prozesse im Hinblick auf das
Heilmittel

Freitag:
Dr. rer. nat. (pharm.) Roland Schaette, Bad Waldsee –
Heilpflanzenstudien I

Bad Boll Medizinisches Seminar

Samstag

- 9.00-10.30 Uhr - Dr. rer. nat. (pharm.) Roland Schaette, Bad Waldsee -
Heilpflanzenstudien II
- 11.00-12.00 Uhr - Dr. med. Heinz-Hartmut Vogel, Eckwälden - -
Heilmittel aus dem Tierreich
- Pause*
- 14.30-15.30 Uhr Sal - Sulfur - Merkur
als Schlüssel zum Verständnis von Pathologie und
Therapie
- Pause*
- 16.45-17.00 Uhr - Dr. med. Lothar Vogel, Boll -
Das Ende der naturwissenschaftlichen Medizin und der
Aufgang einer therapeutischen Kultur
Anschließend Abschlußkonzert und Verabschiedung.

Programmänderung vorbehalten!

III. Grundlagenseminar

- Dauer* Freitag, den 2. September, 10.00 Uhr
bis Samstag, den 3. September 1983, 12.00 Uhr
- Tagungsort:* Bad Boll
- Thema:* Homöopathische Arzneimittelbilder als
Brücke zwischen Pathologie und Heilmittel
- Mitwirkende:* Dr. med. G. Lang, Dr. med. H. J. Scheurle, Dr. med. M.
Stübler, Dr. med. Schlüren, Dr. med. H.-H. Vogel,
Dr. med. L. Vogel

Tiermedizinisches Seminar

Samstag, den 3. September 15.00 Uhr bis

Sonntag, den 4. September 17.00 Uhr

Seminar für Kultur- und Kunstanthropologie

Sommertagung

vom 22. bis 28. August 1983 im Trithemiusinstitut, Bad Boll, Badstraße 35.

Thema: **Die menschenkundlichen Grundlagen der
plastischen Kunst**

Programm

Beginn: 22. August 1983 20.00 Uhr

20.00 Uhr Eröffnungsvortrag

23.-28. August Dr. med. Lothar Vogel:
»Die Plastik im Reigen der Künste«

9.00-10.30 Uhr Dr. med. Lothar Vogel:
Menschenkundliches zur plastischen Kunst

11.00-12.00 Uhr Kunstkurse
Eurythmie, Malen u. a.

15.30-17.00 Uhr Plastizieren in Gruppen

17.00-19.00 Uhr Dr. H. J. Scheurle
»Der Tastsinn«

Abschluß Abendveranstaltung

28. August 1983 Dr. med. Lothar Vogel
20.00 Uhr »Goethes Kunstanschauung«

Änderungen vorbehalten!

Seminar für freiheitliche Ordnung

Das nächste Studien-Seminar ist für 21. bis 23. Oktober 1983 vorgesehen – mit dem Rahmenthema: **Boden- und Planungsrecht.**

Die Mitwirkenden dieses Heftes:

<i>Heinz Hartmut Vogel</i>	Dr. med., Eckwälden
<i>Dieter Suhr</i>	Professor Dr. jur., Universität Augsburg
<i>Elimar Rosenbohm</i>	Dipl. Volkswirt, Porta-Westfalica
<i>Hans Cöhrssen</i>	Redakteur, Frankfurt
<i>Gerhardus Lang</i>	Dr. med., Boll
<i>Fritz Penserot</i>	Kirn/Nahe
<i>Hans Bramböck</i>	

Vorankündigung für Heft 163 3/1983

Krisis des Bildungswesens

Wichtige Neuerscheinung:

Dieter Suhr:

Geld ohne Mehrwert

– Entlastung der Marktwirtschaft von
monetären Transaktionskosten –

Fritz Knapp Verlag Frankfurt
130 Seiten DM 25,50

Vorbestellung bei der Geschäftsstelle Seminar für freiheitliche Ordnung,
7325 Boll, Badstraße 35 sofort möglich



Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 123 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 und Heft 123.

Herausgeber der Zweimonatsschrift »Fragen der Freiheit«
Trithemius-Institut
Für das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Boll, Badstraße 35
Telefon (071 64) 25 72

Preis: Jahresabonnement DM 42.-, sfr. 42.-, ö. S. 330.-

Einzelhefte: DM 7.50, sfr. 7.50, ö. S. 55.-

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011/BLZ 610 500 00
Raiffeisenbank Boll Nr. 483 000 000/BLZ 600 697 66

Postscheck: Frankfurt am Main 26 14 04-602
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-3071
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Motto aus: John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes.

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck GmbH, Göppingen

